



Informationen zur Stadtentwicklung 1/09

Schulentwicklungsplan 2009

Gesamtkonzept

- *Realschule Plus*
- *Integrierte Gesamtschule*
- *Ganztagsschule*

Schulentwicklungsplan 2009

**Gesamtkonzept
Realschule plus
Integrierte Gesamtschule
Ganztagsschule**

beraten und beschlossen vom

**Schulträgerausschuss am 23.04.2009
Stadtrat am 27.04.2009**

Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplan:

Sibylle Messinger, Jugendhilfeplanung
Rudolf Leidig, Schulen und Kindertagesstätten
Ingo Sitter, Schulen und Kindertagesstätten
Andreas Ludwig, Schulen und Kindertagesstätten
Daniela Schowalter, Schulen und Kindertagesstätten
Nadine Ober, Schulen und Kindertagesstätten
Andreas Pfaff, Stadtentwicklung

**STADT LUDWIGSHAFEN AM RHEIN
Bereich Stadtentwicklung
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen**

**Tel. 06 21/504-3012 und Fax -3453
E-Mail: andreas.pfaff@ludwigshafen.de
<http://www.ludwigshafen.de>**

Dieses Konzept ist im Internet im pdf-Format downloadbar unter:
<http://www.ludwigshafen.de/standort/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

INHALT

	Seite
1 Zusammenfassung	1
2 Einleitung	6
3 Realschule plus	9
3.1 Rechtliche Grundlagen	9
3.2 Grundlagen zur Bedarfsbestimmung	11
3.3 Bedarfsbestimmung	21
4 Dritte Integrierte Gesamtschule	26
5 Maßnahmenplanung Realschule plus und dritte Integrierte Gesamtschule	27
6 Ganztagschule	33
7 Auswirkungen der Schulstrukturreform auf bestimmte Personengruppen	35
7.1 Geschlechtergerechtigkeit	35
7.2 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund	37
 Anhang	
 Tabellenteil	
Flächenbestand und Ausbaubedarf der einzelnen Schulstandorte	41
 Veröffentlichungsverzeichnis	

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
1 Jahrgangsstärken zu Beginn des Schuljahres 2008/09 (nur Ludwigshafener Bevölkerung)	11
2 Übertrittsquoten auf weiter führende Schulen bezogen auf 10- bis unter 11-jährige Einwohner	12
3 Auswärtige Schüler an Ludwigshafener Realschulen in der 5. Klassenstufe	13
4 Durchlaufquoten in Hauptschulen im Durchschnitt der Schuljahre 2004/05 bis 2007/08	14
5 Durchlaufquoten in Realschulen im Durchschnitt der Schuljahre 2004/05 bis 2007/08	14
6 Durchschnittliche Klassenstärken in Haupt- und Realschulen im Schuljahr 2007/08	15
7 Vergleich der Rahmenraumprogramme an den Beispielen einer dreizügigen Hauptschule, einer dreizügigen Realschule und einer dreizügigen Realschule plus	17
8 Haupt- und Realschulen nach Belegung, Ausstattung mit allgemeinen Unterrichtsräumen sowie Zügigkeit im Schuljahr 2007/08	18
9 In Ludwigshafen wohnhafte Haupt- und Realschüler Ludwigshafener Schulen nach Wohnstadtteilen im Schuljahr 2007/08	20
10 Mittelfristig zu erwartende Schüler in der Realschule plus und die Zahl der zu bildenden Klassen bei unterschiedlichen Klassenmesszahlen	22
11 Kleinräumige Abschätzung des Bedarfs an Zügen der Realschule plus 2009 (fiktiv) und 2015	25
12 Ganztagschulen und Ganztagschüler in Ludwigshafen im Schuljahr 2007/08	33

1 Zusammenfassung

Mit dem „Landesgesetz zur Änderung der Schulstruktur“ hat der Gesetzgeber bei den allgemeinbildenden Schulen die neue Schulart „Realschule plus“ eingeführt, die im Wesentlichen Haupt- und Realschule vereint und diese beiden bisherigen Schularten ablöst. Die Realschule plus gibt es in zwei eigenständigen Schulformen, die Integrative Realschule plus und die Kooperative Realschule plus. Beide führen eine gemeinsame Orientierungsstufe für alle Schülerinnen und Schüler [nachfolgend aus Gründen der besseren Lesbarkeit nur noch Schüler genannt, wobei selbstverständlich Schülerinnen mit eingeschlossen sind] in den Klassenstufen 5 und 6. Im integrativen Modell bleibt in den höheren Klassen der Klassenverband erhalten und es werden Kurse zur Leistungsdifferenzierung – ähnlich einer Integrierten Gesamtschule – gebildet, die entweder nach neun erfolgreichen Schuljahren zur Berufsreife (bisher Hauptschulabschluss) oder nach zehn erfolgreichen Schuljahren zum Qualifizierten Sekundarabschluss I (Mittlere Reife) führen. Im kooperativen Modell werden ab Klassenstufe 7 abschlussbezogene Klassen gebildet, die dann ebenfalls zur Berufsreife bzw. zum Qualifizierten Sekundarabschluss I führen. Beide Schulformen sind jeweils nachfragegerecht anzubieten und können sich nicht gegenseitig kompensieren, was zum jetzigen Zeitpunkt die Aufgabe der Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots zunächst etwas schwierig macht, da noch keinerlei Erfahrungswerte hinsichtlich der tatsächlichen Nachfrage vorliegen.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Neuerungen, wie etwa ein teilintegratives Modell oder die Möglichkeit der Fachhochschulreife mittels Fachoberschule, dies soll jedoch an dieser Stelle nicht vertieft werden.

Für die Reform der Schulstruktur hat der Gesetzgeber einen Zeitraum gesetzt, der vom Schuljahr 2009/10 bis zum Schuljahr 2013/14 (jeweils Schuljahresbeginn) reicht. Dabei wird im so genannten „Antragsverfahren“ dem Schulträger ein Initiativrecht eingeräumt, die Schulstrukturreform, nämlich die Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Integrative Realschulen plus und Kooperative Realschulen plus, in seinem Sinne zu gestalten. Schulen, die am 1. August 2013 noch nicht umgewandelt sind, werden dann kraft Gesetzes zu diesem Zeitpunkt Realschulen plus. Wenn sie nicht mindestens dreizügig sind, werden sie aufgehoben.

Dem Schulträger obliegt somit - abgesehen von den curricularen Herausforderungen und der schulinternen Organisation, die in Landeszuständigkeit verbleiben - die Umsetzung der Gesetzesvorgaben, unter Beteiligung aller Betroffenen und unter Aufsicht der Schulbehörde. Planerisch sind dabei besonders zwei Änderungen zu beachten:

- Die Klassenmesszahl wurde von bisher 30 auf 25 in der Orientierungsstufe (Klassenstufen 5 + 6) abgesenkt
- Das Rahmenraumprogramm wurde gegenüber der Realschule, aber ganz besonders gegenüber der Hauptschule erheblich aufgestockt

Zudem wird die Schülerbeförderung neu geregelt, was voraussichtlich zu erheblichen Mehrkosten für den Schulträger führen wird.

Der Schulträger beabsichtigt im Rahmen dieses Umsetzungsprozesses auch die kommunalen Ludwigshafener Bildungsziele so weit wie möglich weiter zu verfolgen. Zusammengefasst geht es hier um ein breit gefächertes Bildungs- und Betreuungsangebot, bessere individuelle Bildungschancen und einen besseren Bildungserfolg der Ludwigshafener Schülerschaft.

Grundlage der planerischen Überlegungen bilden die über 4.500 Haupt- und Realschüler des Schuljahres 2007/08, die in 195 Klassen unterrichtet werden. Schulartspezifisch umgerechnet bedeutet dies ein Volumen von 36,2 Zügen an vorhandenen Klassen. Dem gegenüber steht ein Bestand an Schulräumen, der in sieben Haupt- und vier Realschulen rechnerisch insgesamt knapp 41 Züge aufnehmen kann, wobei sich die vorhandenen Raumreserven größtenteils in den Hauptschulen wiederfinden.

Die Schülerprognose, die die Jahrgangsstärken der nächsten zehn Jahre, die gegenwärtigen Übertrittsquoten nach dem Grundschulbesuch, auswärtige Schüler und das Wechsel- und Abgangsverhalten in den Klassenstufen 5 bis 10 berücksichtigt, kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Schülerzahl auf absehbare Zeit, bei jährlichen Schwankungen, recht konstant entwickeln wird. Für die Versorgung dieser Schülerschaft werden voraussichtlich im Mittel 33 Züge an Schulraum benötigt. Dass dieser Wert bei gleicher Schülerzahl und künftig in der Orientierungsstufe abgesenkter Klassenmesszahl dennoch um etwa drei Züge unter dem aktuellen Stand liegt, hat seinen Grund in den gegenwärtig recht kleinen Hauptschulklassen, die vor allem durch Hauptschulbezirksgrenzen (die künftig entfallen) und Rückläufer verursacht werden. So wird eine Hauptschulklasse von durchschnittlich 21,7 Schülern besucht, in der fünften Klassestufe liegt dieser Wert sogar bei 20,9 - bei einer Klassenmesszahl von 30. Hier wird die tatsächliche Klassenstärke absehbar wieder ein Stück weit näher an die Klassenmesszahl heranrücken.

Das Problem bei der Umsetzung der Schulstrukturreform ist für den Schulträger das neue erweiterte Rahmenraumprogramm der Realschule plus, das besonders in den – gemäß des

bisherigen Rahmenraumprogramms – platzmäßig geringer ausgestatteten Hauptschulen für große Fehlbedarfe sorgt: So verringern sich die vorhandenen Raumkapazitäten durch die höheren Ansprüche an Schulraum von den oben genannten knapp 41 Zügen auf 31 Züge oder um rund ein Viertel. Es entsteht ein Fehlbedarf von etwa zwei Zügen (Bestand 31 Züge, Bedarf 33 Züge). Hinzu kommt noch der weitere Wegfall von Schulraumkapazitäten, der durch die bereits beschlossene Errichtung der dritten Integrierten Gesamtschule im Schulzentrum Edigheim verursacht wird. Im Vergleich zu einer Realschule plus, gehen an diesem Standort nochmals etwas mehr als zwei Züge an Raumkapazität „verloren“, da die Raumvorgaben der IGS noch höher sind und ein Teil der Schule von Schülern mit Gymnasialempfehlung besucht wird.

Zur Sicherstellung des zukünftigen Angebots an Realschule plus und unter Berücksichtigung der dritten Integrierten Gesamtschule am Standort Schulzentrum Edigheim, schlägt der Schulträger folgende Maßnahmenplanung als Gesamtpaket vor:

1. Die Umwandlung der **Adolf-Diesterweg-Schule** in eine **(zunächst) dreizügige Realschule plus kooperativ** mit dem Schulprofil „Duale Oberschule“
2. Die Umwandlung der **Anne-Frank-Realschule** in eine **(zunächst) vierzügige Realschule plus kooperativ**
3. Die Umwandlung der **Ernst-Reuter-Schule** in eine **dreizügige Realschule plus integrativ**, unverändert als **Ganztagsschule in Angebotsform**
4. Die gemeinsame Umwandlung der **Kopernikus-Realschule und der Wilhelm-Leuschner-Schule** in eine **dislozierte (auf zwei Standorte verteilte) vierzügige Realschule plus kooperativ** mit Orientierungsstufe am Standort Wilhelm-Leuschner-Schule unter Beibehaltung des Grundschulzweigs
5. Die Umwandlung der **Pestalozzischule** in eine **(zunächst) vierzügige Realschule plus integrativ**
6. Die gemeinsame Umwandlung von **Haupt- und Realschule im Schulzentrum Edigheim** in eine **vierzügige Integrierte Gesamtschule**, unverändert als **Ganztagsschule in Angebotsform**

7. Die Umwandlung der **Hauptschule im Schulzentrum Mundenheim und der Karolina-Burger-Realschule** in einen **siebenzügigen Standort Realschule plus kooperativ**
8. Die Umwandlung der **Wittelsbachschule** in eine **(zunächst) dreizügige Realschule plus integrativ**. Auf Grund der baulichen Situation ist hierfür voraussichtlich ein Neubau der Wittelsbachgrundschule (dreizügig) notwendig.

Mit der dargestellten Planung können zunächst 31 der voraussichtlich 33 benötigten Züge der Realschule plus umgesetzt werden, wobei drei der vier Züge der IGS Edigheim mitgerechnet sind (rechnerisch bleibt der vierte Zug den Schülern mit Gymnasialempfehlung vorbehalten).

Die beiden noch ausstehenden Züge können wahlweise an den Standorten

- Adolf-Diesterweg-Schule,
- Anne-Frank-Schule,
- Pestalozzischule und möglicherweise
- Wittelsbachschule

errichtet werden. Hier soll bei der späteren Entscheidungsfindung die tatsächliche kleinräumige Nachfragesituation berücksichtigt werden. Diese zunächst zurückhaltende und flexible Umsetzung der Schulstrukturreform trägt den Unwägbarkeiten Rechnung, die sich einerseits aus den bislang ansteigenden Übertrittsquoten auf das Gymnasium ergeben, andererseits aus den Unsicherheiten bei der Quantifizierung eines nachfrageorientierten und bedarfsgerechten Angebots an integrativer und kooperativer Schulform.

Mit der Einführung der Realschule plus und der Errichtung einer dritten Gesamtschule werden grundsätzliche und einschneidende Änderungen der Schülerströme erwartet, so dass mit hoher Wahrscheinlichkeit Anpassungen der Kapazitäten des Öffentlichen Personennahverkehrs notwendig werden. Hier werden in den ersten Jahren nach dem Beginn der Umsetzung regelmäßige empirische Auswertungen als hilfreiches Mittel angesehen, den Anforderungen gerecht zu werden.

Einige schulrechtliche Aspekte sprechen für die zeitgleiche Errichtung aller Realschulen plus im Stadtgebiet. Andere Gründe sprechen für einen möglichst schnellen Start der Realschule plus. Zu nennen sind hier besonders die stark rückläufigen Anmeldezahlen der Hauptschulen in Verbindung mit sehr hohen Anmeldezahlen an den Realschulen, was deutlich macht, dass das vorhandene Schulangebot nicht mehr dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Daher spricht sich der Schulträger für eine einheitliche (klassenstufenweise) Errichtung der IGS Edigheim und aller Realschulen plus zum Beginn des Schuljahres 2010/11 aus.

Beim Thema Ganztagschule hält der Schulträger an den Zielen des Schulentwicklungsplans von 2006 fest: Die Stadt unterstützt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots.

2 Einleitung

Mit der Novellierung des Schulgesetzes Ende 2008 und der damit verbundenen Schulstrukturreform hat das Land die Weichen in Richtung einer neuen Schullandschaft in Rheinland-Pfalz gestellt. Mit der beschlossenen Weiterentwicklung von Haupt- und Realschule zur Realschule plus bis spätestens 2013 stellt sich somit für den Schulträger Stadt Ludwigshafen nicht die Frage ob, sondern wie der Übergang zu gestalten ist.

Die Alternative, die zwangsweise Umwandlung von Haupt- und Realschule zur Realschule plus im Jahr 2013 abzuwarten, stellt sich für die Stadt nicht. Zu groß sind die Anforderungen und die Chancen, die eine aktive Gestaltung der Schulstrukturreform dem Schulträger bietet. Vor dem Hintergrund eines bereits heute breit gefächerten Bildungsangebots einerseits und den besonderen demografischen und bildungsstrukturellen Herausforderungen andererseits, muss der Schulträger die ihm vom Gesetzgeber zugewiesenen Freiräume nutzen, das zukünftige Schulangebot in seinem Sinne zu formen. Dabei reicht der Horizont weit über die Realschule plus hinaus. Auch wenn im Zuge der Schulstrukturreform und der hier vorgelegten Planung nicht alle bildungspolitischen Ziele der Stadt, wie etwa eine höhere Übertrittsquote auf das Gymnasium, verfolgt werden können, so zeichnen sich doch eine Reihe gewollter Verbesserungen ab:

- Mehr integrierte Angebote mit durchlässigeren Bildungsebenen
- Ein kleinräumig noch weiter verbessertes Schulangebot mit mehr Standorten, an denen der Erwerb von Berufsreife, Qualifiziertem Sekundarabschluss I und Allgemeiner Hochschulreife möglich ist
- Strukturelle Verbesserungen, die besonders Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen
- Der weitere Ausbau der Ganztagschule

In dem vorliegenden Gesamtkonzept werden zunächst die Planungsgrundlagen und die daraus zu ziehenden Schlüsse zur Umsetzung der Schulstrukturreform benannt. In dem sich anschließenden Kapitel wird die Thematik einer dritten Integrierten Gesamtschule aufgegriffen, die vom Schulträger gewollt und sinnvollerweise in diesen Transformationsprozess mit einzubeziehen ist. Auf Grund der vorgegebenen Anmeldefrist (31.3.2009) für den beabsichtigten Start zum Schuljahr 2010/11 musste dieser Entscheidungsprozess dem über die Gesamtplanung zeitlich vorgelagert werden (Schulträgerausschuss 22.1.2009, Stadtrat 9.2.2009). Es folgt das Kernstück dieser Planung, die vom Schulträger beabsichtigte strategische Maßnahmenplanung zur Umsetzung von Realschule plus einschließlich dritter Integrierter Gesamtschule. Da die Realschule plus stadtweit ebenfalls zu Schuljahresbeginn

2010/11 eingeführt werden soll (verbunden mit der zeitgleichen Aufhebung aller bisherigen Haupt- und Realschulen), müssen die entsprechenden Anträge nach stadträtlicher Beschlussfassung bis Ende Mai 2009 bei der Schulbehörde eingegangen sein. In einem weiteren Abschnitt wird die Haltung des Schulträgers zum weiteren Ausbau der Ganztagschule vorgestellt. Zum Schluss wird ein erster, nach derzeitigem Stand der Dinge möglicher Versuch unternommen, die zu erwartenden (unterschiedlichen) Auswirkungen der Schulstrukturreform auf Jungen und Mädchen sowie auf Schüler mit und ohne Migrationshintergrund zu beleuchten. An diesem Punkt kommen wieder die kommunalen Bildungsziele ins Spiel, an denen sich die Schulstrukturreform auch messen lassen muss.

Klar sollte auch von Anfang an auf die Unsicherheiten und Risiken dieser Planung hingewiesen werden: Niemand weiß heute bereits genau, in welcher Weise und in welchem Umfang die Realschule plus die in letzter Zeit deutlich feststellbare „Flucht“ vor der Hauptschule und den Trend hin zum Gymnasium beeinflussen wird. Daher ist auch der Beobachtung des Schulwahlverhaltens in den nächsten Jahren allergrößte Aufmerksamkeit beizumessen, gegebenenfalls mit einer Nachjustierung der vorliegenden Planung. Ein weiteres Planungsrisiko liegt in den beiden eigenständigen Schulformen der Realschule plus, der Integrativen Realschule plus und der Kooperativen Realschule plus, die beide in ausreichendem Maß vorgehalten werden müssen und sich nicht gegenseitig kompensieren können. Auch hier herrscht im Vorfeld der Umsetzung noch Unsicherheit hinsichtlich möglicher Nachfragepräferenzen, was in der Ludwigshafener Planung allerdings berücksichtigt ist. Ausgeschlossen werden konnte mit einem beabsichtigten einheitlichen Starttermin das „Übergangsrisiko“ hinsichtlich vier zeitgleich möglicher Schularten/-formen: Würde der Übergang der Schulen in Ludwigshafen zeitlich gestaffelt, so müssten in der Übergangsphase Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus integrativ und Realschulen plus kooperativ entsprechend der tatsächlichen Nachfrage bereit gestellt werden (weil in der Übergangsphase der Anspruch zum Besuch der gewünschten Schulart/-form - soweit noch bzw. schon vorhanden - jeweils fortbesteht bzw. neu dazu kommt), was für einen kurzen Zeitraum zu unüberschaubaren Planungs- und Umsetzungsrisiken geführt hätte.

Der ehrgeizig gesteckte Zeitplan, die Schulstrukturreform zu Beginn des Schuljahres 2010/11 flächendeckend umsetzen zu wollen, führt derzeit noch zu Unschärfen im Planungs- und Umsetzungsprozess. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die gesetzliche Grundlage erst Ende 2008 vom Landtag verabschiedet wurde und zahlreiche Detailregelungen (wie etwa die neuen Schulbaurichtlinien) – formal unverbindlich – erst im Entwurfsstadium vorliegen. Insofern ist noch mit einzelnen Verschiebungen und Änderungen in der

Umsetzungsphase zu rechnen. Dies wird jedoch die Grundzüge der vorliegenden Planung nicht verändern.

Ausgeklammert von einer Fortschreibung der Bedarfsplanung bleiben zum jetzigen Zeitpunkt die Gymnasien und die Förderschulen: Die vorhandenen Unwägbarkeiten der Schulstrukturreform sind derzeit einfach zu groß um für diese beiden Schularten zu belastbaren kleinräumigen Ergebnissen zu kommen. Zudem bleibt noch der Einfluss des neuen Maxdorfer Gymnasiums auf die Ludwigshafener Gymnasien abzuwarten, da hier im ersten Jahr seines Bestehens ebenfalls noch keine dauerhaften Schlussfolgerungen möglich sind. Die genannten Schularten werden – ebenso wie die berufsbildenden Schulen – im Rahmen der turnusmäßigen Fortschreibung des Schulentwicklungsplans berücksichtigt, was für das Jahr 2012 vorgesehen ist, da der Schulentwicklungsplan aus dem Jahr 2006 diesen Zeithorizont noch abdeckt.

Die Realschule plus wird zu Veränderungen der Schülerströme führen, was wahrscheinlich auch Anpassungen im Öffentlichen Personennahverkehr erforderlich machen wird.

3 Realschule plus

3.1 Rechtliche Grundlagen

Am 22. Dezember 2008 wurde vom Landtag das „Landesgesetz zur Änderung der Schulstruktur“ beschlossen. Das neue Gesetz, das in wesentlichen Teilen zum 1. August 2009 in Kraft tritt, sieht die Einführung der Schulart Realschule plus ab dem Schuljahr 2009/2010 vor, die die bisherigen Schularten Hauptschule, Realschule und Regionale Schule ersetzt. In einer Übergangszeit, die bis zum 1. August 2013 reicht, werden die bestehenden Haupt- und Realschulen entweder im

- Antragsverfahren (Initiativrecht des Schulträgers) oder im
- schulaufsichtlichen Verfahren (Initiativrecht der Schulbehörde zur Zusammenlegung von Schulen unter 3 Zügen Größe)

aufgehoben und als Realschule plus neu errichtet. Zum Schuljahr 2013/2014 werden dann alle noch verbliebenen Haupt- und Realschulen kraft Gesetzes in Realschulen plus überführt, sofern sie über die gesetzlich festgelegte Mindestgröße von drei Zügen in den Klassenstufen fünf bis neun verfügen, die nur im Ausnahmefall und nur aus Gründen der Siedlungsstruktur unterschritten werden darf. Alle anderen Haupt- und Realschulen sind mit dem Ablauf des 31. Juli 2013 aufgehoben. Alle bestehenden Regionalen Schulen werden kraft Gesetzes ab dem 1. August 2009 als Realschule plus geführt.

Die Realschule plus führt gemäß § 10 des neuen Schulgesetzes „zur Qualifikation der Berufsreife, die zum Eintritt in berufsbezogene Bildungsgänge berechtigt, und zum Qualifizierten Sekundarabschluss I, der zum Eintritt in berufsbezogene und auch in studienbezogene Bildungsgänge berechtigt.“

Nach § 10 a des neuen Schulgesetzes ist die Realschule plus in zwei Schulformen möglich, wobei in beiden Schulformen in der Orientierungsstufe (Klassenstufen 5 und 6) alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden:

- Als Kooperative Realschule plus, in der ab Klassenstufe 7 abschlussbezogene Klassen der Bildungsgänge zur Erlangung der Berufsreife und zur Erlangung des qualifizierten Sekundarabschlusses I gebildet werden.
- Als Integrative Realschule plus, in der die Schüler im Klassenverband verbleiben und nur in einzelnen Fächern verschiedene Kurse belegen. Diese Form ist durch die Gesamtschulen bekannt, es werden Kurse durch Leistungsdifferenzierung gebildet. Allerdings ist auch in der Integrativen Realschule plus ab Klassenstufe 8 die Bildung abschlussbezogener Klassen – als „teilintegratives Modell“ machbar.

An ausgewählten Standorten ist es möglich eine Realschule plus zu errichten, die im organisatorischen Verbund mit einer Fachoberschule (als Schulform der berufsbildenden Schule) geführt wird. Die Fachoberschule setzt den qualifizierten Sekundarabschluss I voraus und führt in einem zweijährigen Vollzeitunterricht unter Einschluss eines einschlägigen gelenkten Praktikums zur Fachhochschulreife (§ 11 Abs. 8 neues Schulgesetz). Ebenso wird es künftig an ausgewählten Standorten der Realschule plus das Modellprojekt „Keiner ohne Abschluss“ geben. Ziel dieses Projektes ist, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu senken.

Nach Mitteilung des Ministeriums wird es mit Einführung der Realschule plus in der Orientierungsstufe einen Klassenteiler von 25 Schülern geben. Ab Klassenstufe 7 gilt unverändert die Klassenmesszahl 30, die bisher für alle Klassenstufen galt. Daneben wird auf Grund neuer Rahmenraumprogramme für die Realschule plus der Raumbedarf gegenüber den bisherigen Haupt- und Realschulen deutlich ansteigen.

Für die Realschule plus gibt es analog den jetzigen Realschulen keine Schulbezirke. Die bisher vorhandenen Schulbezirke für die Hauptschulen entfallen.

Nach § 69 des neuen Schulgesetzes obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung die Sicherstellung der Beförderung von Schülerinnen und Schülern. Für die künftige Realschule plus werden die Fahrtkosten für eine Beförderung zur nächstgelegenen Realschule plus in der jeweiligen Schulform übernommen, wenn diese Realschule plus mehr als 4 Kilometer vom Wohnort entfernt liegt. Für den Schulträger entstehen in der Folge erhebliche Mehrkosten bei der Schülerbeförderung, da bisher die Übernahme der Fahrtkosten für Realschüler einkommensabhängig war. Folgt man der Annahme des Landes, dass 60% von derzeit 4.500 Schülerinnen und Schülern der Haupt- und Realschulen in Ludwigshafen einen Anspruch auf Schülerbeförderung haben werden, müsste die Stadt Ludwigshafen für die neue Schulart Mehrkosten in Höhe von ca. 850.000,- EUR pro Jahr übernehmen (1.000.000,- EUR prognostiziert zu 150.000,- EUR aktuell).

3.2 Grundlagen zur Bedarfsbestimmung und Bestand

In diesem Kapitel werden die Grundlagen benannt, die zur Bestimmung des künftigen Bedarfs an Realschule plus notwendig sind. Zudem erfolgt ein Abgleich mit dem vorhandenen Schulraumbestand. Die hier verwendeten Daten stammen größtenteils aus dem „Schulentwicklungsbericht 2007/08“¹, in dem auch weitergehende Zahlen enthalten sind, die hier - falls nicht unbedingt nötig - nicht nochmals aufgenommen wurden.

Demografische Grundlagen

Übersicht 1: Jahrgangsstärken zu Beginn des Schuljahres 2008/09 (nur Ludwigshafener Bevölkerung)	
Alter ¹⁾	Jahrgangsstärke
unter 1-Jährige	1.582
1-Jährige	1.578
2-Jährige	1.466
3-Jährige	1.546
4-Jährige	1.510
5-Jährige	1.507
6-Jährige	1.749 ²⁾
7-Jährige	1.443
8-Jährige	1.541
9-Jährige	1.555
10-Jährige	1.637
11-Jährige	1.620
12-Jährige	1.554
13-Jährige	1.555
14-Jährige	1.606
15-Jährige	1.749
16-Jährige	1.746
17-Jährige	1.884
18-Jährige	1.834
1) An der Einschulung orientiert: Bis zu den 7-Jährigen (Einschulung 2007) zwischen dem 1.7. und 30.6. Geborene. Bei den 6-Jährigen (Einschulung 2008) zwischen dem 1.7. und dem 31.8. des Folgejahres Geborene. Bei den 5-Jährigen und Jüngeren (Einschulung ab 2009) zwischen dem 1.9. und 31.08. Geborene.	
2) Dieser Einschulungsjahrgang umfasst 14 Geburtsmonate.	

Der wichtigste Punkt unter quantitativen Bedarfsaspekten ist die Frage, wie sich künftig die Jahrgangsstärken entwickeln werden.

Hierbei gibt es einige Sachverhalte festzuhalten: Die „geburtenstarken“ Jahrgänge, die Ende der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre zur Welt kamen und 1.700er- und 1.800er-Jahrgangsstärken erreichten, spielen für das schulische Geschehen nur noch in der Sekundarstufe II eine Rolle. Sie sind für die Einführung der Realschule plus ohne Belang. Abgesehen von den zu Beginn des Schuljahres 2008/09 Zehn- und Elfjährigen, die die 1.600er-Marke nach oben hin durchbrechen, bewegen sich die übrigen Jahrgangsstärken in der Sekundarstufe I und in der Primarstufe in einer Größenordnung von 1.450 bis 1.550 Kindern. Die mit 1.749 Kindern hohe Stärke des Einschulungsjahrgangs 2008 beruht auf dem Einmaleffekt der Einschulung von 14 Geburtsmonaten, da der Einschulungstichtag vom 30.6. auf den 31.08. verschoben wurde. Allerdings schlägt dieser Spitzenwert an Kindern zunächst nur gedämpft auf die Schülerzahl durch: Tatsächlich besuchen lediglich 1.624 Schüler im Schuljahr 2008/09 eine erste Klasse. Im Elementarbereich setzen sich dann zunächst 1.500 bis 1.550er- Jahrgangsstärken nach unten hin bis zu den Zweijährigen fort, wobei beim Einschulungsjahrgang 2009/10 noch die „zweite Hälfte“ der durch den

¹ Schulentwicklungsbericht 2007/08, Berichte zur Stadtentwicklung, Heft B 1/08, hrsg. v. Stadt Ludwigshafen am Rhein, Bereich Stadtentwicklung, Ludwigshafen am Rhein, 2008. Im Internet downloadbar unter: <http://www.ludwigshafen.de/standort/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

verschobenen Einschulungstichtag verursachten Spitzenbelastung zu erwarten ist, was wiederum etwa 1.600 Kindern entsprechen dürfte. Bei den derzeit beiden jüngsten (Schul-) Jahrgängen schlägt hingegen die 2007 (Kalenderjahr) spürbar gestiegene Geburtenzahl durch: Hier werden wieder knapp 1.600er-Jahrgangsstärken erreicht. Auch wenn derzeit die kurzfristigen Einflüsse der verstärkten Familienförderung in Deutschland auf die Geburtenentwicklung noch nicht eindeutig absehbar sind, so kann auch ohne die erwarteten Effekte zumindest für Ludwigshafen von einer sehr stabilen Entwicklung der Kinderzahlen gesprochen werden. Ausgehend von diesen Ist-Zahlen sind perspektivisch noch zwei wichtige Entwicklungen zu berücksichtigen: Zum einen verzeichnet die Stadt derzeit auch bei der (sehr) jungen Bevölkerung leichte Wanderungsgewinne, die die Zahlen voraussichtlich noch schwach ansteigen lassen. Zum anderen wird gegen Mitte des nächsten Jahrzehnts auf Grund steigender Jahrgangsstärken junger ausländischer Frauen (die bereits in Ludwigshafen wohnen) mit anwachsenden Geburtenzahlen gerechnet.

Vor diesem Hintergrund sollte bei den anstehenden mittelfristigen Planungen von durchschnittlichen Jahrgangsstärken in der Sekundarstufe I von etwa 1.550 bis 1.650 Kindern ausgegangen werden. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Ludwigshafener Kinder.

Schulwahlverhalten beim Übertritt in die Sekundarstufe I

Zweitwichtigste Grundlage zur Abschätzung des Bedarfs an schulischem Angebot in der Sekundarstufe I ist das Schulwahlverhalten nach dem Grundschulbesuch. Wie viele der Ludwigshafener Kinder besuchen in der 5. Klassenstufe bislang eine Hauptschule, eine Realschule, ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule in der Stadt?

Übersicht 2: Übertrittsquoten auf weiter führende Schulen bezogen auf 10- bis unter 11-jährige Einwohner ¹⁾

Schuljahr	Schüler der 5. Klasse aus Ludwigshafen ²⁾			
	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Int. Gesamtschule
2002/2003	28,3	18,5	27,5	13,0
2003/2004	25,7	22,9	27,6	13,0
2004/2005	28,5	21,1	26,9	14,2
2002 - 2004	27,5	20,8	27,3	13,4
2005/2006	24,2	22,2	30,2	14,2
2006/2007	25,8	19,9	28,3	14,7
2007/2008	21,6	22,3	31,3	13,5
2005 - 2007	23,9	21,5	29,9	14,1

1) zwischen dem 1.7. und 30.6. Geborene
 2) ohne Förderschulen und auswärtigen Schulbesuch

Da die Schulübertrittsquoten größere jährliche Schwankungen aufweisen können, empfiehlt es sich die Werte über einen gewissen Zeitraum hinweg zu „glätten“. Als sinnvoll haben sich hier Dreijahreszeiträume erwiesen, da so auf der einen Seite „Ausreißer“ relativiert werden, auf der anderen Seite aber auch Veränderungen recht zeitnah abgebildet werden.

Im Durchschnitt der letzten drei verfügbaren Schuljahre wechselten knapp 24 von 100 zehnjährigen Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafenern auf eine Hauptschule, etwas mehr als 21 auf eine Realschule, knapp 30 in ein Gymnasium und etwa 14 in eine Integrierte Gesamtschule in Ludwigshafen. Zusammen entspricht dies knapp 90% der Zehnjährigen. Die fehlenden etwa 10% sind größtenteils durch den auswärtigen Schulbesuch Ludwigshafener Schüler in Nachbargemeinden und den Besuch von Förderschulen zu erklären.

Beim Schulwahlverhalten ist in den letzten Jahren eine gewisse Dynamik nicht zu übersehen: weg von der Hauptschule, hin zum Gymnasium. Diese landesweite Entwicklung war ja auch Auslöser der Schulstrukturreform. Hier liegen dementsprechend die größten Unsicherheiten bei der Bedarfsbestimmung des zukünftigen Bedarfs an Schulraum: Hält der Zustrom auf das Gymnasium an oder gewinnt die Realschule plus die nötige Attraktivität, um diese Entwicklung zu bremsen oder sogar zum Stillstand zu bringen? Diese Frage kann gegenwärtig nur mit größter Vorsicht beantwortet werden. Die weiteren Bewegungen sind hier mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. In Ludwigshafen gilt es zudem eine besondere Situation zu berücksichtigen: Das bislang recht schwach ausgebaute Realschulangebot, welches durchaus noch Entwicklungspotenziale besitzen könnte (20,9% der Ludwigshafener Schüler der Sekundarstufe I besuchen die Realschule, landesweit sind dies 26,1%, ohne Berücksichtigung der Regionalen Schule).

Auswärtige Schüler

Wenn Ludwigshafener Kinder, die auswärts eine Schule besuchen, aus dem Bedarf herauszurechnen sind, sind umgekehrt auswärtige Kinder, die eine Ludwigshafener Schule besuchen, mit zu berücksichtigen. Höhere Anteile an auswärtigen Schülern gibt es am

Übersicht 3: Auswärtige Schüler an Ludwigshafener Realschulen in der 5. Klassenstufe

Schulart	2003/2004		2004/2005		2005/2006		2006/2007		2007/2008		Mittelwert 2005-2007	
	Anz.	% ¹⁾	Anz.	% ¹⁾								
Realschule	24	5,7	9	2,6	20	5,5	2	0,6	17	4,4	13	3,5

1) aller Schüler der 5. Klasse der jeweiligen Schulart

Gymnasium, der Integrierten Gesamtschule und auch an der Förderschule. Praktisch keine Auswärtigen finden sich an der Hauptschule. Relevant für die Planungen der Realschule plus sind die durchschnittlich knapp 4% der auswärtigen Realschüler, was etwa einem halben Klassenzug entspricht.

Durchlaufquoten und Schulwechsel

Mit der Schulwahl nach dem Grundschulbesuch ist das Kapitel Schulwechsel für manche Schüler noch nicht abgeschlossen. So lässt sich zusammenfassend festhalten, dass das Gymnasium von Klassenstufe zu Klassenstufe Schüler, die den Anforderungen nicht gewachsen sind, verliert. Die Realschule hingegen entwickelt sich von Klassenstufe zu Klassenstufe recht konstant - bis zur 7. Klassenstufe sogar leicht positiv, da sie zwar den größten Teil der Rückläufer aus dem Gymnasium aufnimmt, gleichzeitig aber auch Schüler an die Hauptschule abgibt. Die Hauptschulen zeigen bis zur Klassenstufe 7 einen deutlichen Schülerzuwachs, bevor ab der 8. Klassenstufe die vorzeitigen Abgänger zu Verlusten führen.

Übersicht 4: Durchlaufquoten in Hauptschulen im Durchschnitt der Schuljahre 2004/05 bis 2007/08

Hauptschule	aus 100 Schülern in der 5. Klassenstufe werden in den Klassenstufen ...				
	6	7	8	9	10
Adolf-Diesterweg-Schule	116	127	116	104	(32)
Ernst-Reuter-Schule	116	125	110	100	(62)
Hauptschule im SZ Edigheim	134	140	158	141	
Hauptschule im SZ Mundenheim	113	133	107	94	
Pestalozzischule	122	126	114	96	
Wilhelm-Leuschner-Schule	115	131	128	103	
Wittelsbachschule	105	122	115	107	
insgesamt	117	129	119	105	(11)

Übersicht 5: Durchlaufquoten in Realschulen im Durchschnitt der Schuljahre 2004/05 bis 2007/08

Realschule	aus 100 Schülern in der 5. Klassenstufe werden in den Klassenstufen ...				
	6	7	8	9	10
Anne-Frank-Realschule	114	110	105	108	99
Karolina-Burger-Realschule	101	105	97	96	94
Kopernikus-Realschule	109	111	106	108	104
Realschule im SZ Edigheim	106	108	94	103	90
insgesamt	108	109	101	104	97

Die Durchlaufquoten sind deshalb für die Bedarfsbestimmung wichtig, weil besonders die bisherigen Hauptschulen, wären sie allein anhand der Übertrittsquoten nach dem Grundschulbesuch dimensioniert, zu klein ausfallen würden. So wurden im Durchschnitt der letzten drei Schuljahre aus 100 Hauptschülern der 5. Klasse 129 Schüler der 7. Klasse und auch in der 9. Klasse liegen die 105 Schüler noch über dem Ausgangswert. Zudem besucht (rechnerisch!) jeder neunte Fünftklässler das 10. Schuljahr der Hauptschule. Bei den Realschülern ist diese Entwicklungskurve wesentlich flacher ausgeprägt. Hier werden aus 100 Schülern der 5. Klasse 109 in der 7. Klasse und in der 10. Klasse wird mit 97 Schülern der Ausgangswert sogar leicht unterschritten. Neben Schulartwechseln und vorzeitigen Abgängen bilden die Durchlaufquoten auch die Nichtversetzungen ab.

Klassenmesszahl und Klassengrößen

Bislang gilt in Haupt- und Realschule eine Klassenmesszahl von 30. Dies bedeutet, dass ab dem 31., 61., 91. u.s.w. Schüler jeweils eine neue Klasse in der Klassenstufe gebildet werden muss.

Übersicht 6: Durchschnittliche Klassenstärken in Haupt- und Realschulen im Schuljahr 2007/08

Klassenstufe	Hauptschule		Realschule	
	Ø Klassenstärke	Differenz zur Klassenmesszahl (30)	Ø Klassenstärke	Differenz zur Klassenmesszahl (30)
5	20,9	9,1	25,8	4,2
6	22,6	7,4	25,6	4,4
7	22,9	7,1	25,3	4,7
8	21,8	8,2	26,9	0,1
9	20,7	9,3	25,1	4,9
10	19,0	11	24,8	5,2
insgesamt	21,7	8,3	25,6	4,4

Praktisch fallen die Klassen im Durchschnitt jedoch deutlich kleiner aus, was im folgenden Kapitel noch eine große Rolle spielen wird. Zum einen werden die Höchstgrenzen in der Realität selten getroffen, zum anderen werden in den höheren Klassenstufen oftmals die Klassen auch bei Schwund unverändert weitergeführt, solange die Schule über die entsprechenden Möglichkeiten verfügt. Zudem empfiehlt es sich gerade bei der Hauptschule, die 5. und 6. Klassen nicht bis zum Limit zu füllen, da die Rückläufer aus den anderen Schularten aufgenommen werden müssen (was dennoch häufig zu Klassenmehrbildungen führt). So belaufen sich die tatsächlichen durchschnittlichen Klassengrößen über alle Klassenstufen hinweg auf 21,7 Schüler in der Hauptschule und 25,6 Schüler in der Realschule.

(Selbst in den sehr gut besuchten Schularten Gymnasium und Integrierte Gesamtschule liegen diese Werte in der Sekundarstufe I bei 27,2 bzw. 27,7 Schülern.) Lediglich auf die 5. Klassenstufe bezogen, liegen die durchschnittlichen Klassengrößen in der Hauptschule bei 20,9 und 25,8 Schüler in der Realschule (Gym./IGS: 28,9 (bei zu erwartendem Schwund)/27,8).

Demnach handelt es sich bei der Klassenmesszahl eher um eine theoretische Planungsgröße, von der je nach Schulart und Klassenstufe mehr oder minder große Abschläge einkalkuliert werden müssen. Daran wird sich auch bei der abgesenkten Klassenmesszahl von 25 in der Orientierungsstufe (5. + 6. Klassenstufe) der Realschule plus nichts ändern, zumal weiterhin die Rückläufer aus dem Gymnasium aufgenommen werden müssen.

Rahmenraumprogramme

In der Verwaltungsvorschrift „Bau von Schulen und Förderung des Schulbaus“, den so genannten „Schulbaurichtlinien“ vom 31.10.2001 sind die Rahmenraumprogramme der einzelnen Schularten festgelegt¹. Bei Neu- und Ausbau von Schulen ist der Schulträger in der Regel an diese Vorgaben gebunden, da sich die Schulbehörde beim Genehmigungsverfahren daran orientiert und auch nur dementsprechende Räumlichkeiten bezuschusst werden. Allerdings ist beim Ausbau die Lage etwas komplizierter, da man sich hier im Bau-Bestand bewegt, der fast nie mit den aktuellen Raumprogrammen übereinstimmt, und daher mitunter Maßnahmen im Einzelfall zwischen Schulträger und Schulbehörde abzustimmen sind.

Der Raumbedarf steigt von der Hauptschule, über Realschule bis zur Realschule plus an. Während die Hauptschule für einen Klassenzug fünf allgemeine Unterrichtsräume (Klassensäle) benötigt, sind es bei der Realschule sechs und bei der Realschule plus sieben. Zudem kombiniert die Realschule plus den Fachraumbedarf auf dem „höheren“ Niveau: Der gegenüber der Hauptschule höhere Fachraumbedarf der Realschule wird im Regelfall auch für die Realschule plus übernommen (z.B. Musikraum). Bei den Werkräumen hingegen, wo der Ansatz der Hauptschule höher liegt, wird dieser Wert übernommen. Bei den Funktionsräumen (z.B. Lehrerzimmer) liegt der Bedarf der Realschule plus ebenfalls über den Werten von Haupt- oder Realschule.

Vergleicht man anhand einer (kleinen) dreizügigen Schule die Rahmenraumprogramme miteinander, so fällt der Sprung von der Hauptschule zur Realschule plus mit einem Raummehrbedarf von 14 Räumen bzw. 862 m² (+ 42% [!]) bei allgemeinen Unterrichts-, Fach- und Funktionsräumen sehr kräftig aus. Zwischen Realschule und Realschule plus liegt der Unterschied immer noch bei sechs Räumen bzw. 357 m² (+ 14%).

¹ Die nachstehend angeführten Angaben zur Realschule plus beruhen auf vorläufigen Angaben der Schulbehörde.

Übersicht 7: Vergleich der Rahmenraumprogramme an den Beispielen einer dreizügigen Hauptschule, einer dreizügigen Realschule und einer dreizügigen Realschule plus

Art des Raums	m ² je Raum	Raumbedarf einer dreizügigen ...						Differenz			
		HS		RS		RS plus		HS → RS+		RS → RS+	
		Anz.	Σ m ²	Anz.	Σ m ²	Anz.	Σ m ²	Anz.	Σ m ²	Anz.	Σ m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	60	12	720	14	840	20	1.200	8	480	6	360
Allgemeiner Unterrichtsraum	50	3	150	4	200	1	50	-2	-100	-3	-150
Mehrzweckraum	100	1	100	1	100	1	100				
Materialraum	12	1	12	1	12	1	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	60-80	3	210	4	280	4	280	1	70		
Räume für Vorbereitung und Sammlung	105-140		105		130		140		35		10
Musikraum	70			1	70	1	70	1	70		
Materialraum	20			1	20	1	20	1	20		
Raum für bildende Kunst	80			1	80	1	80	1	80		
Materialraum	35			1	35	1	35	1	35		
Werkraum	80	2	160	1	80	2	160			1	80
Materialraum	35	2	70	1	35	2	70			1	35
Raum für textiles Gestalten	60	1	60	1	60	1	60				
Lehrküche	70	1	70	1	70	1	70				
Speiseraum	35	1	35	1	35	1	35				
Computerlabor	80	1	80	2	160	2	160	1	80		
Nebenraum	12	1	12	1	12	1	12				
Bibliothek	60-80	1	60	1	80	1	80		20		
Raum f. Schulleiter/-in	20	1	20	1	20	1	20				
Raum für Stellvertreter/-innen	12	1	12	2	24	1	12			-1	-12
Raum für pädagogischen Koordinator	12					1	12	1	12	1	12
Geschäftszimmer	20-30	1	20	1	20	1	30		10		10
Verwaltungsraum	12					1	12	1	12	1	12
Lehrerzimmer	70-100	1	70	1	100	1	100		30		
Elternsprechzimmer	12	1	12	1	12	1	12				
Arztzimmer	20	1	20	1	20	1	20				
Zimmer für Schülervertretung	12-20	1	12	1	20	1	20		8		
Lehrmittelzimmer	20	2	40	2	40	2	40				
Hausmeisterzimmer	20	1	20	1	20	1	20				
insgesamt		40	2.070	48	2.575	54	2.932	14	862	6	357

Dies ist insofern von großer Wichtigkeit, da die bestehenden Raumkapazitäten beim Übergang zur Realschule plus spürbar schwinden, besonders bei den allgemeinen Unterrichtsräumen: Wo bislang eine vierzügige Hauptschule „reingeht“, reicht es platzmäßig zukünftig nicht einmal mehr für eine dreizügige Realschule plus.

Aktuelle Belegung und Kapazität von Haupt- und Realschulen

Die Darstellung der Belegung der Haupt- und Realschulen in Ludwigshafen ist unproblematisch. Schwieriger hingegen ist die Kapazitätsbestimmung, da - wie oben bereits erwähnt - der (historisch gewachsene) Baubestand sich oftmals nicht mit den aktuellen Rahmenraumprogrammen deckt. Hierzu zählen z.B. zu große oder zu kleine Unterrichtsräume,

Übersicht 8: Haupt- und Realschulen nach Belegung, Ausstattung mit allgemeinen Unterrichtsräumen sowie Zügigkeit im Schuljahr 2007/08

Schule	Schüler	Klassen	durchschnittliche Zügigkeit auf Grundlage der Klassenzahl	Anzahl der allg. Unterrichtsräume ¹⁾	bauliche Zügigkeit auf Grundlage der Anzahl der allg. Unterrichtsräume	bauliche Zügigkeit als Realschule plus auf Grundlage der Anzahl der allg. Unterrichtsräume	Differenz an Zügen Ist zu Realschule plus
Adolf-Diesterweg-Schule	294	13	2,6	22	4,4	3,1	-1,3
Anne-Frank-Realschule	632	24	4,0	26	4,3	3,7	-0,6
Ernst-Reuter-Schule	294	14	2,8	15	3	2,1	-0,9
Kopernikus-Realschule	524	19	3,2	19	3,2	2,7	-0,5
Pestalozzi-schule	446	20	4,0	26	5,2	3,7	-1,5
HS im SZ Edigheim	374	16	3,2	17	3,4	2,4	-1
RS im SZ Edigheim	487	21	3,5	22	3,7	3,1	-0,6
HS im SZ Mundenheim	433	21	4,2	22	4,4	3,1	-1,3
Karolina-Burger-Realschule	556	22	3,7	24	4	3,4	-0,6
Wilhelm-Leuschner-Schule (nur HS-Zweig)	212	11	2,2	11	2,2	1,6	-0,6
Wittelsbach-schule	311	14	2,8	15	3	2,1	-0,9
insgesamt	4.563	195	36,2	219	40,8	31	-9,8

¹⁾ ohne Räume unter 50 m² (gemäß Schulbaurichtlinien sind diese Räume zu klein)

fehlende Mehrzweckräume oder vorhandene Filmsäle (die es in den Rahmenraumprogrammen überhaupt nicht mehr gibt). Daher ist es ratsam, sich bei der Gesamtdarstellung der Raumkapazitäten auf die allgemeinen Unterrichtsräume zu konzentrieren und die Ausstattung mit Fach- und Funktionsräumen zunächst hinten anzustellen und erst bei der Einzelfallbetrachtung miteinzubeziehen (die Flächenbilanzen der einzelnen Schulen sind im Anhang aufgeführt).

Haupt- und Realschulen werden im Schuljahr 2007/08 von insgesamt 4.563 Schülern in 195 Klassen besucht. Umgerechnet auf die durchschnittliche Zügigkeit (1 Zug = 5 Kl. HS bzw. 6 Kl. RS) bedeutet dies eine tatsächliche Belegung mit 36,2 Zügen. Die zusammen vorhandenen 219 vorhandenen allgemeinen Unterrichtsräume (UR) bieten eine bauliche Kapazität für 40,8 Züge (1 Zug = 5 allg. UR HS bzw. 6 allg. UR RS), d.h. die Schulen verfügen derzeit (in Summe!) über eine rechnerische Raumreserve von über vier Zügen.

Stellt man jedoch dem gesamten Raumbestand von 219 allgemeinen Unterrichtsräumen den Raumbedarf der Realschule plus gegenüber (1 Zug = 7 allg. UR), so reichen die Räume nur noch für lediglich 31 Züge. D.h., es gehen fast zehn Züge an Kapazität „verloren“. Somit wären noch nicht einmal die derzeit bestehenden 36,2 Züge an Haupt- und Realschülern zu versorgen, womit sich **das Problem** des Schulträgers bei der Einführung der Realschule plus andeutet.

Anzumerken bleibt noch, dass bei dieser Bilanzierung des Bestands nur Klassenräume mit einer Mindestgröße von 50 m² mitgezählt sind, was nach den aktuellen Schulbaurichtlinien der Mindestgröße eines allgemeinen Unterrichtsraums entspricht. Inwieweit vorhandene kleinere Unterrichtsräume, insbesondere in der Größe zwischen 40 m² und 50 m², den anrechenbaren Bestand noch vergrößern können, entscheidet im Rahmen der Einzelfallprüfung die Schulbehörde, nicht der Schulträger.

Verteilung der Haupt- und Realschüler im Stadtgebiet

Da nicht jeder Stadtteil über eigene Schulen der Sekundarstufen verfügt und bis auf die Hauptschule (und Förderschule) die Schulwahl prinzipiell frei ist, stimmen die Schulstadtteile häufig nicht mit den Wohnstadtteilen der Schüler überein. Bei den absehbaren Neujustierungen des künftigen Schulangebots ist daher die Kenntnis des „Quellorts“ von Vorteil.

Übersicht 9: In Ludwigshafen wohnhafte Haupt- und Realschüler Ludwigshafener Schulen nach Wohnstadtteilen im Schuljahr 2007/08

Wohnstadtteil	Hauptschüler		Realschüler		Haupt- und Realschüler	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Mitte	175	7,4	137	6,6	312	7,1
Süd	255	10,9	161	7,8	416	9,4
Nord/Hemshof	421	17,9	261	12,6	682	15,4
West	43	1,8	63	3,0	106	2,4
Innenstadt	894	38,0	622	30,1	1.516	34,3
Friesenheim	210	8,9	260	12,6	470	10,6
Mundenheim	193	8,2	197	9,5	390	8,8
Erweiterte Innenstadt	1.297	55,2	1.079	52,2	2.376	53,8
Oppau	107	4,6	144	7,0	251	5,7
Edigheim	87	3,7	150	7,2	237	5,4
Pfingstweide	151	6,4	132	6,4	283	6,4
Oggersheim	267	11,4	263	12,7	530	12,0
Ruchheim	41	1,7	12	0,6	53	1,2
Gartenstadt	248	10,6	147	7,1	395	8,9
Maudach	75	3,2	88	4,3	163	3,7
Rheingönheim	77	3,3	54	2,6	131	3,0
Außenbereich	1.053	44,8	990	47,8	2.043	46,2
Stadt insgesamt	2.350	100,0	2.069	100,0	4.419	100,0

Ein gutes Drittel (34,3%) der Haupt- und Realschüler stammt aus der Innenstadt Ludwigshafens. Nimmt man noch die beiden angrenzenden Stadtteile Friesenheim und Mundenheim hinzu, so stammen etwas mehr als die Hälfte (53,8%) der Schüler aus der erweiterten Innenstadt. Dementsprechend kommen etwas weniger als die Hälfte der Schüler (46,2%) aus dem Außenbereich der Stadt. Hier sollte etwas weiter differenziert werden: Etwa 17% der Haupt- und Realschüler stammen aus den drei nördlichen Stadtteilen (Oppau, Edigheim, Pfingstweide), rund 13% aus den beiden westlichen Stadtteilen (Oggersheim, Ruchheim) und ca. 16% aus dem südlichen und südwestlichen Bereich. Dabei halten sich die Unterschiede zwischen Haupt- und Realschülern in Grenzen: Lediglich in der Innenstadt wohnen gegenüber den Realschülern nennenswert höhere Anteile der Hauptschüler.

3.3. Bedarfsbestimmung

Stadtweite Betrachtung

In der nachstehenden Modellrechnung wird anhand der Zahlen des vorigen Kapitels berechnet, mit wie vielen Schülern durchschnittlich in der Realschule plus zu rechnen sein wird, wenn alle bestehenden Haupt- und Realschulen in eine Realschule plus übergeführt werden. In einem zweiten Schritt wird dann analysiert, wie sich unterschiedliche Klassenstärken auf den Raumbedarf auswirken und entschieden welche Variante als realistische angesehen werden kann.

Die Prognose der Schülerzahlen und des daraus abgeleiteten Bedarfs an Schulraum erfolgt auf Grundlage folgender Annahmen:

- Durchschnittliche Jahrgangsstärken von 1.600 Ludwigshafener Kindern (vgl. Übersicht 1).
- Durchschnittliche Übertrittsquoten bei den 10-jährigen Ludwigshafener Einwohnern nach dem Grundschulbesuch auf die Realschule plus in Höhe von 47%. Diese Zahl orientiert sich an der Summe der gerundeten Durchschnittswerte der letzten drei Jahre (vgl. Übersicht 2) von Haupt- (24%) und Realschule (22%), wobei noch ein Prozentpunkt bei der Hauptschule aufgeschlagen wurde, um deren niedrigen Extremwert des letzten Jahres auszugleichen.
- Einem Aufschlag von 4% an Auswärtigen an den „bisherigen Realschülern“ (vgl. Übersicht 3).
- Durchlaufquoten, wie in den Übersichten 4 und 5 angegeben.

An dieser Stelle sei vorab besonders der Charakter dieser Prognose als eine „durchschnittliche Modellrechnung über die Jahre“ betont, bei der in einzelnen Jahren Abweichungen, z.B. bei den Jahrgangsstärken und den Übertrittsquoten, geradezu zu erwarten sind. Davon unberührt bleibt die - schon wiederholt angesprochene - generelle Problematik, dass niemand heute schon den Erfolg der Realschule plus vorhersagen kann. Käme es hier erneut zu Verschiebungen bei den Übertritts- oder auch Durchlaufquoten so wäre diese Rechnung den neuen Erkenntnissen entsprechend anzupassen.

Nach der Prognose sind mittelfristig etwa 4.600 Schüler in der Realschule plus zu erwarten. Das entspricht ziemlich genau der aktuellen (SJ 07/08) Schülerschaft in Haupt- und Realschule (4.563). Das Ergebnis ist nicht weiter verwunderlich, da die herrschenden Rahmenbedingungen in der Prognose weitgehend unverändert fortgeschrieben wurden.

Interessanter ist die Frage, wie sich der derzeitige gedeckte Schulraumbedarf an allgemeinen Unterrichtsräumen verändern wird. Dies ist neben der erwarteten Schülerzahl abhängig von der Klassengröße, die - orientiert man sich an den Ist-Werten - von Klassenstufe zu Klassenstufe schwankt und real häufig deutlich unter der theoretisch möglichen Größe liegt, wie im vorigen Kapitel gezeigt wurde. Zudem bleibt zu erwarten, dass beim Sprung von der sechsten zur siebten Klassenstufe, wenn die theoretische Klassenmesszahl in der Realschule plus von 25 auf 30 springt, die Klassen nach Möglichkeit in ihrer bestehenden Form weitergeführt werden und nur wenn unbedingt nötig zu weniger, dafür größeren Klassen neu zusammengesetzt werden. Hinzu kommt der Sachverhalt, dass Schüler, wenn die Zahlen ab der achten Klassenstufe rückläufig sind, nicht beliebig hin und her geschoben werden können. Ebenfalls werden zukünftig, auch wenn die Hürde der bisherigen Hauptschulbezirksgrenzen wegfällt, wie bisher nicht nutzbare Restkapazitäten zwischen den einzelnen Standorten verbleiben und - was noch schwieriger einschätzbar ist - nicht nutzbare Restkapazitäten zwischen den beiden eigenständigen Schulformen integrativ und kooperativ sowie innerhalb einer kooperativen Schule zwischen den beiden abschlussbezogenen Bildungsgängen ab Klassenstufe sieben.

Auf Grund dieser Überlegungen empfiehlt es sich, bei der Realschule plus von tatsächlichen durchschnittlichen Klassengrößen von etwa 21 bis 25 Schülern auszugehen.

Übersicht 10: Mittelfristig zu erwartende Schüler in der Realschule plus und die Zahl der zu bildenden Klassen bei unterschiedlichen Klassenmesszahlen

Klassenstufe	Schüler insg.	Anzahl der zu bildenden Klassen bei Messzahl ...				
		19	21	23	25	(28) ¹⁾
5	767	41	37	34	31	-
6	865	46	42	38	35	-
7	917	49	44	40	37	(33)
8	847	45	41	37	34	(31)
9	802	43	39	35	33	(29)
10	401	22	20	18	17	(15)
insgesamt	4.598	246	233	202	187	-

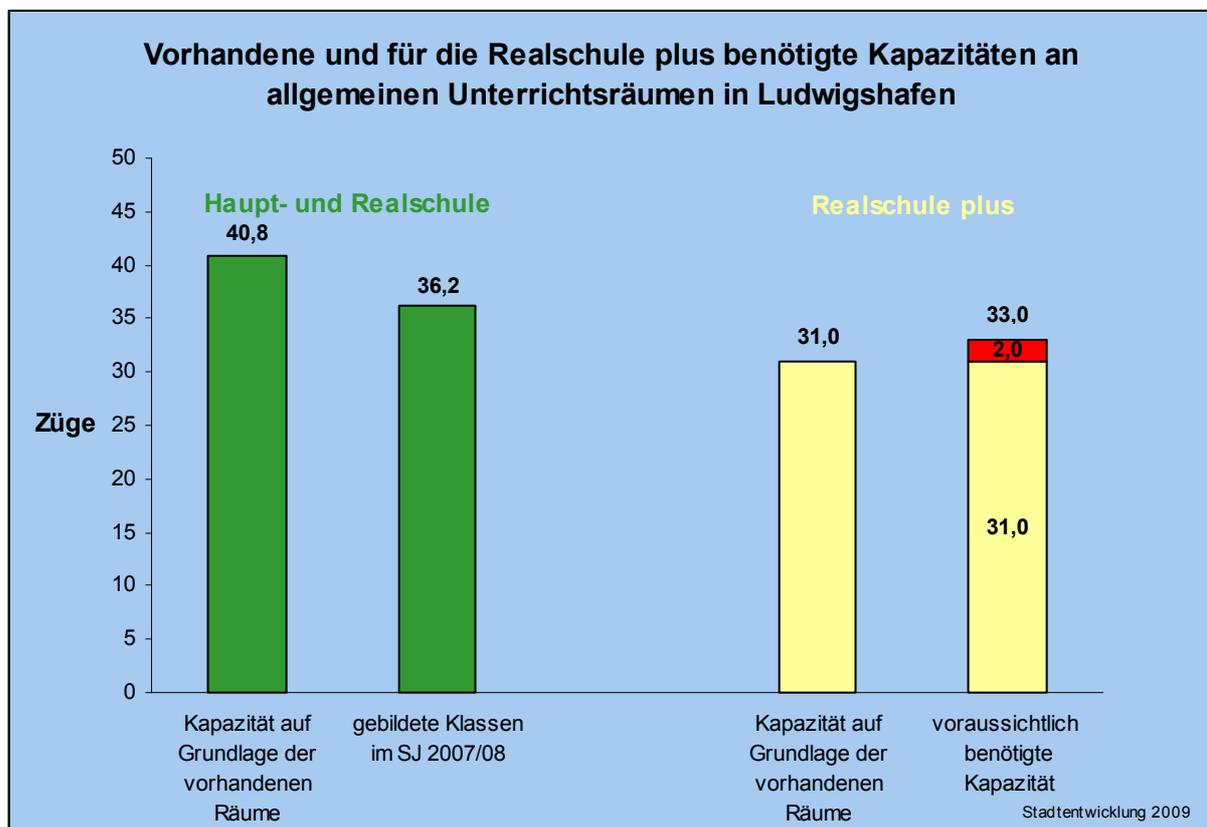
1) Sollte realistischerweise nicht als Durchschnittswert angesetzt werden.

Legt man in der fünften Klassenstufe, wenn die Realschule plus voraussichtlich recht klein stadtweit mit etwa 770 Schülern beginnt, einen Klassenteiler von 21 zu Grunde, bedeutet dies 37 zu bildende Klassen. Das wären fünf mehr als gegenwärtig in Haupt- und Realschule, dies bei relativ gesehen volleren Klassen als bislang (in Bezug zur Klassenmesszahl). In der sechsten Klassenstufe ist dann bedingt durch die ersten Rückläufer vom Gymnasium bereits mit etwa 870 Kindern zu rechnen. Füllt man die bestehenden Klassen zunächst auf und geht von einer Größe von 23 Kindern aus, was als Durchschnitt schon recht nah am theoretisch

Machbaren liegt, werden 38 Klassen notwendig. Mit knapp 920 Schülern dürfte nach der Prognose in der siebten Klassenstufe die höchste Belegung erreicht werden. Füllt man mit den Rückläufern die Klassen weiterhin auf und setzt eine Größe von 25 Schülern an (jetzt Messzahl 30), so sind 37 Klassen zu bilden. Hält man eine durchschnittliche Klassengröße von 25 Jugendlichen auch in der achten und neunten Klassenstufe für wahrscheinlich, so kommt man bei etwa 850 (achte Kl.) bzw. 800 (neunte Kl.) Schülern auf 34 bzw. 33 zu bildende Klassen. In der zehnten Klassenstufe sollte von kleineren Klassen ausgegangen werden, insbesondere bei der integrativen Schulform. In der Modellrechnung wird hier von durchschnittlich 23 Schülern ausgegangen, was noch 18 Klassen bedeutet.

Im Ergebnis führen die Annahmen in dieser Modellrechnung zu insgesamt 197 zu bildenden Klassen, was ebenfalls dem aktuellen Ist-Wert recht nahe kommt und im Ergebnis knapp 33 Zügen (bei der genannten „Startgröße“ von 37 fünften Klassen!) entspricht. In allgemeine Unterrichtsräume umgerechnet, bedeutet dies einen Bedarf von 231 Klassensälen. Somit wäre bei der gesamtstädtischen Betrachtung im Zuge der Weiterentwicklung von Haupt- und Realschule zur Realschule plus eine bauliche Erweiterung der bestehenden Schulen um etwa zwei Züge notwendig, was gemäß den Schulbaurichtlinien einen rechnerischen Mehrbedarf von 12 allgemeinen Unterrichtsräumen (219 vorhandene, 231 rechnerisch benötigte) bedeutet.

Grafik 1:



Allerdings setzt diese Betrachtung voraus, dass alle bestehenden Kapazitäten unverändert nutzbar bleiben, was besonders hinsichtlich der geforderten Dreizügigkeit an mindestens zwei Stellen (Wilhelm-Leuschner-Schule und Wittelsbachschule) einfache Lösungen ausschließt. Auch müssen zusätzlich die für die bereits beschlossene dritte Integrierte Gesamtschule wegfallenden Kapazitäten teilweise kompensiert werden. Ebenso wird eine zwischen den Schulen koordinierte Aufnahme der Schüler notwendig (Zuständigkeit der Schulen und der Schulbehörde), um so die in den unteren Klassen höhere Zügigkeit abfangen zu können, da sonst die Klassenzahlen und der Raumbedarf über das genannte Maß hinaus ansteigen würden.

Kleinräumige Betrachtung

Das bisherige Angebot an Haupt- und Realschule ist flächig über die Stadt verteilt, wobei durch die im Vergleich zur Primarstufe größeren Einzugsbereiche der Schulen nicht jeder Stadtteil über einen Standort verfügt. Durch die Schulstrukturentwicklung wird es nicht nur zu inhaltlichen sondern auch zu räumlichen Verschiebungen des Angebots kommen - insbesondere unter den Aspekten einer effizienten Nutzung des Schulraumbestands und eigenständigen Angeboten in kooperativer und integrativer Form. Dementsprechend sollte in einem Gesamtkonzept die kleinräumige Nachfrage bei der Maßnahmenplanung berücksichtigt werden, um so möglichst die Schulwege kurz zu halten bzw. schon vorab die Notwendigkeiten eines Schülerverkehrs abschätzen zu können.

In Übersicht 9 des letzten Kapitels sind die Wohnstadtteile der bisherigen Haupt- und Realschüler aufgeführt. Orientiert man sich daran und „verteilt“ das notwendige Schulangebot auf die verschiedenen Stadtbereiche, so werden kurzfristig von den etwa 33 Zügen 19 in der erweiterten Innenstadt (Mitte, Süd, Nord-Hemshof, West, Friesenheim, Mundenheim) einschließlich Rheingönheim, das schulisch zum größten Teil Richtung Schulzentrum Mundenheim tendiert, notwendig. Ein Bedarf von etwa sechs Zügen zeigt sich in den drei nördlichen Stadtteilen (Oppau, Edigheim, Pfingstweide), ein Bedarf von etwa je vier Zügen im westlichen- (Oggersheim, Ruchheim) und südwestlichen Außenbereich (Gartenstadt, Maudach).

Allerdings zeichnen sich schon mittelfristig räumliche Verschiebungen dieser Nachfrage ab, die eine schon länger bekannte Ursache haben: Stabile bzw. steigende Kinderzahlen in der Innenstadt (und in den Neubaugebieten) sowie abnehmende Kinderzahlen im Außenbereich der Stadt (ohne Neubaugebiete), besonders in den drei nördlichen Stadtteilen. So wird voraussichtlich schon bis 2015 im nördlichen Außenbereich der Bedarf um über einen Zug auf

etwa vier bis fünf Züge abnehmen. Schwächer dürfte der Nachfrageschwund in den westlichen und südwestlichen Außenbereichen ausfallen. Hier ist bis 2015 jeweils mit einer um etwa einen halben Zug reduzierten Nachfrage zu rechnen. Dementsprechend zeichnet sich für die erweiterte Innenstadt ein steigender Bedarf bis in eine Höhe von 21 bis 22 Zügen ab, zwei bis drei mehr als heute.

Übersicht 11: Kleinräumige Abschätzung des Bedarfs an Zügen der Realschule plus 2009 (fiktiv) und 2015

Stadtbereich	voraussichtlich benötigte Züge im Jahr	
	2009	2015
erweiterte Innenstadt und Rheingönheim	19	21 – 22
nördlicher Außenbereich	6	4 – 5
westlicher Außenbereich	4	3 – 4
südwestlicher Außenbereich	4	3 – 4
Stadt insgesamt	33	33

4 Dritte Integrierte Gesamtschule

Die beiden existierenden Integrierten Gesamtschulen in Oggersheim und in der Gartenstadt können seit ihrem Bestehen (1980 bzw. 2001) die Eltern- und Schülernachfrage nicht dauerhaft befriedigen. Jedes Jahr müssen zahlreiche Schüler abgewiesen werden.

Deshalb gab es im Schulträgersausschuss und in der Verwaltung Überlegungen, die Planung für eine dritte Integrierte Gesamtschule in der Stadt in Gang zu setzen.

Dabei hat sich die Errichtung der dritten Integrierten Gesamtschule an gegebenen Rahmenbedingungen zu orientieren, von denen besonders zu nennen sind:

- keine Neugründung sondern eine Entwicklung aus dem Bestand an Haupt- und/oder Realschulen heraus
- ein vierzügiger Betrieb mit Sekundarstufe II
- eine wirtschaftlich vertretbare Lösung, d.h. bestmögliche Nutzung des vorhandenen Raumbestands unter weitgehender Vermeidung von Überkapazitäten einerseits und Schulerweiterung andererseits
- eine Standortwahl, die kleinräumig das bisherige Angebot dieser Schulform sinnvoll ergänzt
- eine Standortwahl, die auch längerfristig den demografischen Erfordernissen des primären Einzugsbereichs entspricht
- eine Standortwahl, die als Alternative die Erreichbarkeit von Realschule plus und Gymnasium sicherstellt

Sinnvollerweise ist daher diese Aufgabe in die Maßnahmenplanung der Einführung der Realschule plus zu integrieren. Im Vorfeld ist dabei zu berücksichtigen, dass nicht nur der gegenüber der Realschule plus deutlich höhere Raumbedarf der Integrierten Gesamtschule, sondern auch der bei einer Vierzügigkeit für die „Gymnasiasten“ benötigte Zug hinsichtlich des Schulraumangebots kompensiert werden müssen.

5 Maßnahmenplanung Realschule plus und dritte Integrierte Gesamtschule

Auf der Basis der im Kapitel 3 dargestellten Grundlagen und Schlussfolgerungen, insbesondere der demografischen und baulichen Gegebenheiten und nach Gesprächen mit den Schulleitungen sowie der Schulbehörde (ADD und Ministerium), schlägt der Schulträger folgende Maßnahmenplanung als Gesamtpaket vor:

1. Die Umwandlung der **Adolf-Diesterweg-Schule** in eine **(zunächst) dreizügige Realschule plus kooperativ** mit dem Schulprofil „Duale Oberschule“
2. Die Umwandlung der **Anne-Frank-Realschule** in eine **(zunächst) vierzügige Realschule plus kooperativ**. Die Prüfung als möglicher Standort für eine vierzügige Integrierte Gesamtschule verlief auf Grund der baulichen Gegebenheiten negativ (zu großer Erweiterungsbedarf von über 2.000 m² Nutzfläche).
3. Die Umwandlung der **Ernst-Reuter-Schule** in eine **dreizügige Realschule plus integrativ**, unverändert als **Ganztagsschule in Angebotsform**
4. Die gemeinsame Umwandlung der **Kopernikus-Realschule und der Wilhelm-Leuschner-Schule** in eine **dislozierte (auf zwei Standorte verteilte) vierzügige Realschule plus kooperativ** mit Orientierungsstufe am Standort Wilhelm-Leuschner-Schule unter Beibehaltung des Grundschulzweigs
5. Die Umwandlung der **Pestalozzischule** in eine **(zunächst) vierzügige Realschule plus integrativ**. Die Prüfung als möglicher Standort für eine vierzügige Integrierte Gesamtschule verlief auf Grund der baulichen Gegebenheiten negativ (zu großer Erweiterungsbedarf von über 2.100 m² Nutzfläche).
6. Die gemeinsame Umwandlung von **Haupt- und Realschule im Schulzentrum Edigheim** in eine **vierzügige Integrierte Gesamtschule**, unverändert als **Ganztagsschule in Angebotsform**
7. Die Umwandlung der **Hauptschule im Schulzentrum Mundenheim und der Karolina-Burger-Realschule** in einen **siebenzügigen Standort Realschule plus kooperativ**. Die Prüfung als möglicher Standort für eine vierzügige Integrierte Gesamtschule verlief auf Grund der baulichen Gegebenheiten negativ (zu großer Raumbestand mit einem Überschuss von ca. 1.100 m² Nutzfläche).

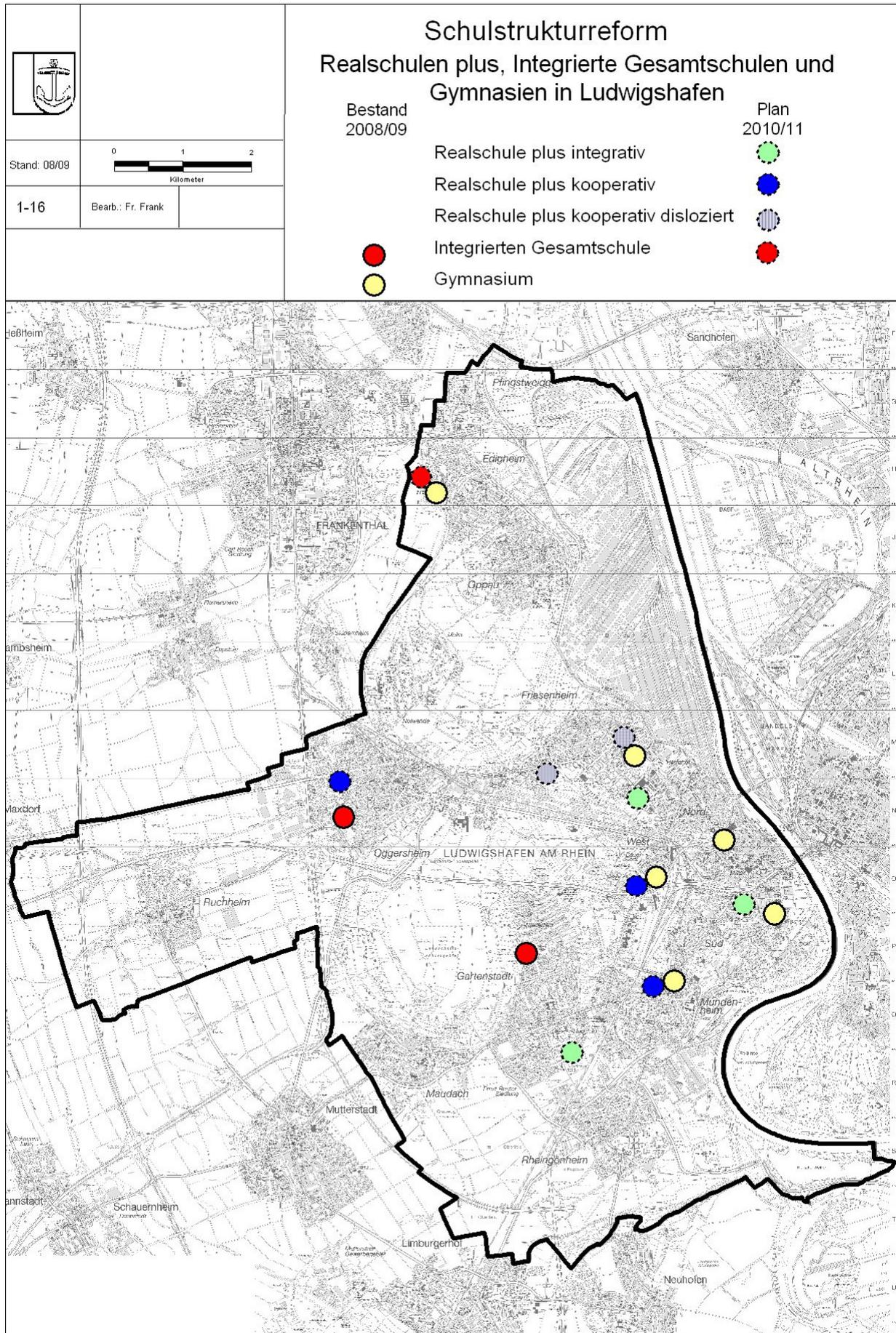
8. Die Umwandlung der **Wittelsbachschule** in eine **(zunächst) dreizügige Realschule plus integrativ**. Auf Grund der baulichen Situation ist hierfür voraussichtlich ein Neubau der Wittelsbachgrundschule (dreizügig) notwendig.

Was den zeitlichen Ablauf angeht, so ist die (klassenstufenweise) Errichtung der IGS Edigheim und aller Realschulen plus zum Beginn des Schuljahres 2010/11 vorgesehen. Neben den bereits beschriebenen Vor- und Nachteilen dieses einheitlichen frühen Starttermins sprechen die demografischen Rahmenbedingungen ebenfalls für diesen Zeitpunkt, da die Schulstrukturreform erst einmal mit zwei schwach besetzten Jahrgängen beginnen kann (vgl. Übersicht 1), bevor dann im Schuljahr 2012/13 ein stark besetzter Jahrgang in der fünften Klassenstufe voraussichtlich für eine Auslastung bis an die Kapazitätsgrenzen sorgen wird.

Mit der dargestellten Planung können zunächst 31 der voraussichtlich 33 benötigten Züge der Realschule plus umgesetzt werden, wobei drei der vier Züge der IGS Edigheim mitgerechnet sind (rechnerisch bleibt der vierte Zug den Schülern mit Gymnasialempfehlung vorbehalten). Ein weiterer Zug ist in der Innenstadt im Rahmen einer vierzügigen Wittelsbachschule favorisiert. Gegenwärtig ist jedoch noch unklar, ob sich dieser vierte Zug am Standort baulich realisieren lässt (s. weiter unten), weswegen hier zunächst nur von einer Dreizügigkeit ausgegangen wird. Weiterhin sind an den Standorten Adolf-Diesterweg-Schule (dezentrale Lage – kooperativ), Anne-Frank-Schule (zentrale Lage – kooperativ) und Pestalozzischule (zentrale Lage – integrativ) jeweils Erweiterungen um einen Zug möglich. Damit ist die bauliche Umsetzbarkeit der 33 benötigten Züge gewährleistet. Welche der vier genannten Möglichkeiten für den 32. und 33. Zug umgesetzt werden, muss bzw. soll gegenwärtig noch offen bleiben. Hier soll bei der späteren Entscheidungsfindung die tatsächliche kleinräumige Nachfragesituation berücksichtigt werden, was die bereits angesprochene - und hinsichtlich der bestehenden Unwägbarkeiten notwendige - Flexibilität sicherstellt. Zudem trägt diese zunächst zurückhaltende Umsetzung der Planung auch den Unsicherheiten Rechnung, die sich aus der in letzter Zeit (und auch weiterhin?) steigenden Übertrittsquote auf das Gymnasium ergeben. Bei allem wird sichergestellt, dass stadtweit zu Beginn des Schuljahres 2010/11 ausreichende Aufnahmekapazitäten zur Verfügung stehen.

Beim größten Schulstandort der Stadt, dem Schulzentrum Mundenheim (ohne Heinrich-Böll-Gymnasium), wird ein siebenzügiger Standort Realschule plus in kooperativer Form angestrebt. Dahinter verbirgt sich die Intention des Schulträgers, im Regelfall die bestehenden Realschulen (auch bei einer Kooperation mit einer Hauptschule) in Realschulen plus in kooperativer Form zu überführen und ehemalige Hauptschulen, soweit sie eigenständig bleiben, zu Realschulen

Karte 1:



plus in integrativer Form. Im Vorfeld erscheint ein ausschließlich kooperatives Angebot an diesem Standort sinnvoll, da sich in unmittelbarer Nachbarschaft zwei integrative Standorte (Ernst-Reuter-Schule und Wittelsbachschule) sowie die Integrierte Gesamtschule Ludwigshafen-Gartenstadt befinden. Die endgültige Ausgestaltung des siebenzügigen kooperativen Angebots muss noch mit der Schulbehörde und den beiden beteiligten Schulen geklärt werden, da prinzipiell eine oder auch zwei Schule(n) möglich sind.

Von den bislang festgelegten 31 Zügen an Realschule plus werden 13 Züge in integrativer Form (einschließlich drei Züge an der IGS Edigheim) und 18 Züge in kooperativer Form realisiert. Von den vier genannten Ausbaumöglichkeiten sind jeweils zwei integrativ und kooperativ, was neben der kleinräumigen Flexibilität auch ein Nachjustieren bei den beiden Schulformen ermöglicht.

Was die Wahl des Standorts der dritten Integrierten Gesamtschule angeht, so sind die Voraussetzungen im Schulzentrum Edigheim klar die besten: Vom Raumprogramm einer vierzügigen IGS her gesehen, besteht lediglich ein Ausbaubedarf von etwa 200 m² Nutzfläche, weit weniger als an den alternativ geprüften Standorten Pestalozzischule und Anne-Frank-Realschule. Zudem sprechen die räumliche Lage im Stadtgebiet und die demografische Entwicklung in den drei nördlichen Stadtteilen ebenso eindeutig für Edigheim. Durch den Ausbau des Schulzentrums Edigheim zu einer vierzügigen Integrierten Gesamtschule schwinden im Vergleich zu einer Realschule Plus die gesamtstädtischen Kapazitäten der Realschule plus um mehr als zwei Züge, was an dem noch höheren Raumbedarf und den „Gymnasiasten“ der Integrierten Gesamtschule liegt und an anderer Stelle kompensiert werden muss. Dies ist im Rahmen der vorliegenden Planung berücksichtigt (ebenso die um einen Zug angestiegenen „Gymnasialkapazitäten“). Die insgesamt benötigten Kapazitäten sind auch der Grund, warum der vierte geprüfte Standort, das Schulzentrum Mundenheim (nur HS und RS), nicht zum Zuge kam: Mit einem Flächenüberschuss von ca. 1.100 m² gegenüber dem Raumprogramm einer vierzügigen Integrierten Gesamtschule, wären hier für die Umsetzung der Schulstrukturreform notwendige Nutzflächen unnötig verloren gegangen.

Bei den beiden benachbarten Friesenheimer Standorten Kopernikus-Realschule und Wilhelm-Leuschner-Schule wird eine dislozierte (auf zwei Standorte verteilte) vierzügige Lösung angestrebt. Hauptproblem ist hier die zweizügige Wilhelm-Leuschner-Hauptschule (und die organisatorisch verbundene Grundschule mit derzeit fünf Klassen), die auch für eine nur dreizügige eigenständige Realschule plus spürbar zu klein ist. Aber auch die Kopernikus-Realschule wäre für sich genommen für eine dreizügige Realschule plus noch zu klein, womit hier für eine eigenständige Lösung ein doch deutlicher Ausbaubedarf von etwa 800 m²

Nutzfläche notwendig geworden wäre. Auf Grund der baulichen Gegebenheiten ist es möglich, die Grundschule und die Orientierungsstufe (Klassenstufen 5 + 6) der Realschule plus am Standort Wilhelm-Leuschner-Schule laufen zu lassen, die Klassenstufen 7 - 10 am Standort Kopernikus-Schule. Geprüft und verworfen wurde auch die Idee eines Schultauschs zwischen Rupprecht-Grundschule und Wilhelm-Leuschner-Hauptschule: Es bliebe ein Ausbaubedarf bei den Fachräumen in der Kopernikus-Schule, da die Fachräume in der Wilhelm-Leuschner-Schule für die Realschule plus nicht mehr nutzbar wären. Zudem entstünde ein sehr großer Grundschulbezirk (aus der Zusammenlegung der Rupprecht- und Wilhelm-Leuschner-Grundschule), mit vereinzelt Schulwegen von über zwei Kilometer Länge, was nicht gewollt ist.

Größere Probleme gibt es beim unverzichtbaren Innenstadtstandort Wittelsbachschule, da der Raumbestand für eine dreizügige (bzw. vierzügige) Realschule plus (viel) zu gering ist und gleichzeitig die Erweiterungsmöglichkeiten am Standort begrenzt sind. So muss voraussichtlich selbst bei der dreizügigen Variante die Grundschule samt einer Turnhalle von der Größe einer Übungseinheit (15 x 27 m) ausgelagert und in der Nachbarschaft auf dem Gelände der ehemaligen Christian-Weiss-Siedlung neu gebaut werden, womit dann ein Ausbaubedarf unter Berücksichtigung der (ehemaligen) Grundschulräume von nur noch etwa 100 m² verbleibt. In der vierzügigen Variante einer Realschule plus erhöht sich der Ausbaubedarf auf etwa 450 m², wobei bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig geklärt werden konnte, ob diese Option baulich überhaupt machbar ist.

Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, dass auf dem Gelände der ehemaligen Christian-Weiss-Siedlung (in diesem Zusammenhang) eine weitere dringend für Süd benötigte Kindertagesstätte errichtet werden könnte und sich auch weitere Möglichkeiten der Schulkinderbetreuung böten (z.B. Hort/Schultagesstätte, GTS).

Auf die einzelnen Schulstandorte heruntergebrochen, ergeben sich unterschiedliche Ausbaubedarfe. Diese sind in den Übersichten im Anhang tabellarisch zusammengefasst. Überschlüssig ergibt sich dabei für 33[!] Züge an sechs Standorten ein Ausbaubedarf von ca. 4.500 – 4.800 m² an Unterrichts-, Fach- und Funktionsräumen. Darüber hinaus sind von Umbaumaßnahmen im Bestand mehr oder minder alle Standorte betroffen.

Was den jeweils bilanzierten Erweiterungsbedarf angeht, so sind dabei zwei Randbedingungen zu berücksichtigen. Erstens lassen sich an einem Standort eventuell vorhandene Flächenüberschüsse nur teilweise mit Fehlbedarfen verrechnen. Beispielsweise benötigt eine dreizügige Realschule plus 21 allgemeine Unterrichtsräume (20 x 60 m², 1 x 50 m²) und bei einem Bestand von 20 x 75 m² nutzt es wenig, wenn die benötigte Gesamtfläche übertroffen

wird: Trotz 250 m² „zuviel“ fehlt ein Klassenraum, der dann häufig neu zu schaffen wäre, da passgenaue und vor allem wirtschaftliche Umbauten im Bestand häufig nicht möglich sind. Zweitens bilden die in den Übersichten im Anhang vorgeschlagenen Kompensationsmöglichkeiten (machbare Verrechnung von Flächenüberschüssen und -fehlbedarfen) bislang die (geprüfte) Meinung des Schulträgers ab. Die Kompensationsmöglichkeiten sind im Einzelfall noch mit der Schulbehörde abzustimmen, die darüber zu entscheiden hat. Insoweit könnte es hier und da noch zu Abweichungen von den genannten Zahlen kommen.

6 Ganztagschule

In zehn Ganztagschulen nehmen insgesamt 2.555 Schüler in Ludwigshafen am Ganztagsunterricht teil. Schon im Schulentwicklungsplan 2006 hat die Stadt Ludwigshafen den im Schuljahr 2002/03 in Rheinland-Pfalz begonnenen Ausbau der Ganztagschule in Angebotsform ausdrücklich befürwortet.

Übersicht 12: Ganztagschulen und Ganztagschüler in Ludwigshafen im Schuljahr 2007/08

Ganztagschule	Art ¹⁾	Schüler/ -innen insg.	darunter: Ganztagschüler/-innen				
			insg.	nach Klassenstufen			
				1 – 4	5 + 6	7 – 9	10 – 13
Ernst-Reuter-Schule (GS)	A	236	78	78			
Ernst-Reuter-Schule (HS)	A	294	134		59	71	4
Schulzentrum Edigheim (HS)	A	374	144		74	70	
Schulzentrum Edigheim (RS)	A	487	72		46	9	17
Carl-Bosch-Gymnasium	A	1.141	203		149	54	
SFL Schule an der Blies	A	265	190	37	38	77	38
SFL Schloss-Schule	A	243	170	47	54	69	
IGS Ernst-Bloch	V	1.235	1.235		327	499	409
Zwischensumme		4.275	2.226	162	747	849	468
Georgens-Schule (Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung)	V	145	145				
Schule m. d. Förderschwerpunkt motorische Entwicklung	V	184	184				
insgesamt		4.604	2.555				

1) Angebotsform (A) oder verpflichtende Form (V)

Trotz dieser recht hohen Zahl an Ganztagschülern besteht in Teilbereichen weiteres Ausbaupotenzial in Sachen Ganztagschule. So ist - abgesehen von den Förderschulen - das Angebot in der Primarstufe mit lediglich einer Ganztags-Grundschule bislang schwach ausgebaut. Als ersten Schritt zur Verbesserung dieser Situation hat daher der Schulträger in enger Kooperation mit der Bliesschule beim Land für diese Schule einen Antrag auf die Einrichtung einer Ganztagschule in Angebotsform zum Schuljahr 2009/10 gestellt.

Beim Ausbau des Ganztagsangebots müssen generell die betroffenen Schulen frühzeitig und gleichberechtigt in diesen Ausbauprozess miteinbezogen werden. Hinzu kommt der sehr enge finanzielle Spielraum der Kommune, vor dem auch die Umsetzung der Realschule plus und die Errichtung der dritten Integrierten Gesamtschule zu bewerkstelligen sind. Die bisherigen Erfahrungen beim Ausbau haben gezeigt, dass jede neue GTS mit umfangreichen Baumaßnahmen verbunden und eben nicht nur aus dem Bestand heraus zu entwickeln war. Insofern müssen sich auch zukünftig unverändert Ideen und Konzeptionen zur Ganztagschule am Machbaren orientieren.

Was den weiteren Ausbau der Ganztagschule angeht, so hält der Schulträger an den Zielen des Schulentwicklungsplans 2006 fest:

Die Stadt Ludwigshafen begrüßt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten grundsätzlich den Ausbau der Ganztagschule. In den bisherigen Bewerbungsrunden hat sie als Schulträger alle Bewerbungen der Schulen unterstützt. Aus Sicht der Stadt kommen für den möglichen weiteren Ausbau der Ganztagschule besonders auf Grund sozialstruktureller Rahmenbedingungen, baulicher Voraussetzungen sowie dem schon vorhandenen GTS-Angebot folgende Schulen in Betracht:

Grundschulen:

Schillerschule Mundenheim
Langgewannschule
Goethe-Mozart-Schule
Luitpoldschule
Goetheschule Nord

Haupt- und Realschulen (künftig Realschulen plus):

Adolf-Diesterweg-Schule
Pestalozzischule
Anne-Frank-Schule

Förderschule:

Schillerschule Mundenheim

Zwischenzeitlich hinzu gekommen zu dieser Auswahlliste ist die Pfingstweideschule, da hier mittlerweile der Stand der Sanierungsarbeiten die Weiterentwicklung zur Ganztagschule zuließe. Vor einer möglichen schrittweisen Umsetzung dieser generellen Überlegungen wären noch die Bereitschaft der jeweiligen Schule, die Finanzierung sowie die Zeithorizonte näher zu bestimmen.

Darüber hinaus zeigt sich die Stadt – entsprechenden Elternwillen vorausgesetzt – offen gegenüber einem zweiten Gymnasium in Ganztagsform, das aus dem Bestand heraus zu entwickeln wäre.

7 Auswirkungen der Schulstrukturreform auf bestimmte Personengruppen

Auch wenn die endgültige Ausgestaltung der Schulstrukturreform in manchen Bereichen noch offen ist, beabsichtigt das Land mit der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule, verbunden mit weiteren Maßnahmen, wie etwa die Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife oder das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ eine Verbesserung der Situation im einfachen und mittleren Bildungsbereich. Zu erinnern ist an dieser Stelle an den hohen Anteil an Abgängern, der in Ludwigshafen eine allgemeinbildende Schule ohne (mindestens) Hauptschulabschluss verlässt. Aktuell liegt dieser Wert bei 15%. Differenziert man diese Zahl weiter und untersucht die unterschiedlichen Teilgruppen, so reicht die Spanne von 10,8% bei den deutschen Abgängerinnen bis 25,6% bei den männlichen ausländischen Abgängern.

Für den Schulträger liegt es somit nahe, im Rahmen dieser kommunalen Planung eine erste Einschätzung erwarteter Folgewirkungen der Schulstrukturreform auf bestimmte Personengruppen vorzunehmen. Ebenso reflektiert werden sollte unter diesem Gesichtspunkt der Aufbau der dritten Integrierten Gesamtschule. Zu möglichen geschlechtsspezifischen Folgen des Ausbaus der Ganztagschule oder zu denkbaren unterschiedlichen Effekten dieses Angebots auf Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund können keine Aussagen getroffen werden, da die vorliegenden Daten strukturell solche Analysen nicht zulassen.

7.1 Geschlechtergerechtigkeit

Von einer breiten Öffentlichkeit weitgehend lange Zeit unbemerkt haben im System der allgemeinbildenden Schulen die Mädchen schon Mitte der 1980er-Jahre die Jungen beim Schulerfolg überholt. In Ludwigshafen erlangten 1985 erstmals mehr junge Frauen (277) als junge Männer (256) die Allgemeine Hochschulreife an einer allgemeinbildenden Schule. Am anderen Ende der Skala gab es bereits in den 1960er-Jahren mehr Sonderschüler als Sonderschülerinnen.

In den letzten Jahren haben sich diese Strukturen verfestigt und sind immer mehr in den Focus der Öffentlichkeit gerückt: Sechs von zehn Abiturienten sind weiblich, sechs von zehn Abgängern ohne Berufsreife (ohne Hauptschulabschluss) männlich. Die erfolgreichen Hauptschulabgänger setzen sich zu 54% aus jungen Männern und zu 46% aus jungen Frauen zusammen. Einzig beim Qualifizierten Sekundarabschluss I ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen. Insofern besteht - im Gegensatz zu vielen anderen Teilsystemen unserer Gesellschaft - unstrittig verstärkter Handlungsbedarf besonders bei Jungen und jungen

Männern, die Schulbildung zu verbessern. Die Intention, die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren und den „ehemaligen Hauptschülern“ bessere Möglichkeiten zum Erwerb des Qualifizierten Sekundarabschluss I zu bieten, wird daher mehr jungen Männern als jungen Frauen zu Gute kommen, was zum Abbau der geschlechtsspezifischen Unterschiede beitragen wird. Allerdings ist hierbei zum einen zu berücksichtigen, dass knapp die Hälfte der bisherigen Abgänger ohne Berufsreife aus den Förderschulen kommt, auf die sich die Schulstrukturreform nicht erstreckt. Zum anderen wird die Einführung der Realschule plus auch nicht die Unterrepräsentanz der männlichen Schüler am Gymnasium beseitigen, sondern voraussichtlich „nur“ zu Verschiebungen von Schulabbrecher in Richtung Schulabgänger mit Berufsreife einerseits und von Schulabgänger mit Berufsreife in Richtung Schulabgänger mit Qualifiziertem Sekundarabschluss I andererseits führen. Insofern sollten die geschlechtsspezifischen Wirkungen der Schulstrukturreform nicht überschätzt werden. Was den möglichen Erwerb der Fachhochschulreife an der Fachoberschule im Rahmen der Realschule plus angeht, so lassen sich zukünftige mögliche Unterschiede zwischen jungen Frauen und Männern noch nicht sicher einschätzen.

Mit dem beabsichtigten Aufbau einer dritten Integrierten Gesamtschule wird voraussichtlich kein Abbau der geschlechtsspezifischen Disparitäten im Bildungssystem verbunden sein: Zwar weisen die Abgänger der Ludwigshafener Gesamtschulen generell bessere Abschlüsse auf als ihre Altersgenossen im „dreigliedrigen“ System, aber dies trifft für Mädchen und Jungen zu. Aktuell haben in Ludwigshafen die Mädchen beim Besuch der IGS gegenüber den Jungen leicht die Nase vorne (52% zu 48%) und machen am Ende der IGS wesentlich häufiger Abitur (44% zu 26%), während die Jungen stark beim mittleren Abschluss vertreten sind (51% zu 38%). Damit lässt sich die Frage nach einem geschlechtsspezifischen Vorteil nicht eindeutig beantworten, da die Sprünge zwischen keinem Abschluss und Berufsreife bzw. zwischen Berufsreife und Mittlerer Reife - wo besonders die jungen Männer hinzugewinnen - qualitativ anders zu bewerten sind, als der Sprung von der Mittleren Reife zum Abitur - wo besonders die jungen Frauen zulegen.

7.2 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Eine ähnliche Verteilung wie zwischen Mädchen und Jungen zeigt sich zwischen Schülern ohne bzw. mit Migrationshintergrund. Auch wenn in der Schulstatistik bislang die Erfassung dieses Personenkreises nur eingeschränkt möglich ist, lässt sich hier eine noch verfestigtere Ungleichverteilung der Schülerschaft beobachten: Während der Anteil der Ausländer an der 10- bis unter 16-jährigen Gesamtbevölkerung Ludwigshafens knapp 28% beträgt, liegt ihr Anteil an den Abgängern ohne Berufsreife bei 39%, mit Berufsreife bei 42%, bei der Allgemeinen Hochschulreife hingegen nur bei 8%. Einzig beim Qualifizierten Sekundarabschluss I kommen die ausländischen Schüler mit ihrem Anteil von 24% recht nah an ihren Einwohneranteil heran. Insofern dürfte hier die Schulstrukturreform ebenfalls zu einer - im Vergleich zu allen deutschen Schülern - stärkeren Verschiebung nach „oben“ führen, mit mehr Abgängern mit Berufsreife anstatt ohne und mehr Abgängern mit Qualifiziertem Sekundarabschluss I anstatt Berufsreife. Die Situation der vergleichsweise wenigen Migrantenkinder auf dem Weg zur Allgemeinen Hochschulreife wird aber durch diese Reform zunächst unverändert bleiben.

Was die dritte geplante Integrierte Gesamtschule angeht, sind hinsichtlich möglicher unterschiedlicher Folgen für deutsche und ausländische Schüler zwei Dinge zu benennen: Zum Ersten verteilt sich der (formale) bessere Schulerfolg der IGS-Schüler recht gleichmäßig auf beide Teilgruppen. Nach den neuesten vorliegenden Zahlen profitieren davon die deutschen Schüler nur einen Tick mehr als die ausländischen. Dies ist allerdings eine Momentaufnahme. Zum Zweiten – und das ist erheblich entscheidender – spielt der Standort dieser Schule und die damit verbundene Einwohnerstruktur des Einzugsbereichs eine große Rolle: Beim besonders auf Grund der baulichen Voraussetzungen ausgewählten Standort Edigheim wird der Einzugsbereich primär aus den drei nördlichen Stadtteilen Oppau, Edigheim und Pfingstweide bestehen. Vergleicht man den Ausländeranteil dieser drei Stadtteile an der 10- bis unter 16-jährigen Bevölkerung von 16% mit den bereits genannten 28% in ganz Ludwigshafen, so werden die ausländischen Schüler – gesamtstädtisch gesehen – nur unterdurchschnittlich von dem Standort profitieren.

A N H A N G

Tabellenteil

- Flächenbestand und Ausbaubedarf der einzelnen Schulstandorte

Veröffentlichungsverzeichnis

1. Adolf-Diesterweg-Schule als dreizügige Realschule plus in kooperativer Form mit dem Schulprofil „Duale Oberschule“

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	20	60	1.200	19	1.330 ^❶		
Allgemeiner Unterrichtsraum	1	50	50	3	150		
Mehrzweckraum	1	100	100	1	100		
Materialraum	1	12	12	1	12		
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	4	70 (60-80)	280 (240-320)	3	225	1	70
Räume für Vorbereitung und Sammlung			140		80		35
Musikraum	1	70	70	1	75		
Materialraum	1	20	20				
Raum für bildende Kunst	1	80	80			1	80
Materialraum	1	35	35			1	35
Werkraum	2	80	160	2	75		
Materialraum	2	35	70	3	125		
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	50		
Lehrküche	1	70	70	1	75		
Speiseraum	1	35	35	1	35		
Computerlabor	2	80	160	1	75	1	80
Nebenraum	1	12	12			1	12
Bibliothek	1	80	80			❶	
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	12		
Raum für Stellvertreter/-innen	1	12	12	1	12		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	30	30	1	25		
Verwaltungsraum	1	12	12			1	12
Lehrerzimmer	1	100	100	1	70	1	30
Elternsprechzimmer	1	12	12	1	20		
Arztzimmer	1	20	20			❷	
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			❸	
Lehrmittelzimmer	2	20	40	4 ^{❷❸}	100		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	18		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Differenzierungsraum				5	25		
Summe Ausbaubedarf						8	366

❶ - ❸ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen Räumen bzw. mit dem Flächenüberschuss zu großer Räume kompensierbar.

1. Optionale Ausbauvariante: Adolf-Diesterweg-Schule als vierzügige Realschule plus in kooperativer Form mit dem Schulprofil „Duale Oberschule“

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	26	60	1.560	19	1.330	6	360
Allgemeiner Unterrichtsraum	2	50	100	3	150		
Mehrzweckraum	1	100	100	1	100		
Materialraum	1	12	12	1	12		
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	5	70 (60-80)	350 (300-400)	3	225	2	140
Räume für Vorbereitung und Sammlung			155		80		70
Musikraum	1	70	70	1	75		
Materialraum	1	20	20				
Raum für bildende Kunst	1	80	80			1	80
Materialraum	1	35	35			1	35
Werkraum	2	80	160	2	75		
Materialraum	2	35	70	3	125		
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	50		
Lehrküche	1	70	70	1	75		
Speiseraum	1	35	35	1	35		
Computerlabor	2	80	160	1	75	1	80
Nebenraum	1	12	12			1	12
Bibliothek	1	100	100			1	100
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	12		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	1	12	1	12
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	35	35	1	25		
Verwaltungsraum	1	12	12			1	12
Lehrerzimmer	1	120	120	1	70	1	50
Elternsprechzimmer	1	12	12	1	20		
Arztzimmer	1	20	20			1	20
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			①	
Lehrmittelzimmer	3	20	60	4①	100		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	18		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Differenzierungsraum				5	25		
Summe Ausbaubedarf						18	983

① Der fehlende Raum ist aus Sicht des Schulträgers mit dem überschüssigen Raum kompensierbar.

2. Anne-Frank-Realschule als vierzügige Realschule plus in kooperativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	26	60	1.560	26	1.820		
Allgemeiner Unterrichtsraum	2	50	100			2	100
Mehrzweckraum	1	100	100	1	82		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	5	70	350	3	255	2	140
Räume für Vorbereitung und Sammlung		(60-80)	(300-400)				
Musikraum			155		105		70
Musikraum	1	70	70	1	95		
Materialraum	1	20	20	1	8		
Raum für bildende Kunst	1	80	80	1	100		
Materialraum	1	35	35	1	25		
Werkraum	2	80	160	1	75	1	80
Materialraum	2	35	70	1	30	1	35
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	75		
Lehrküche	1	70	70	1	75		
Speiseraum	1	35	35	1	35		
Computerlabor	2	80	160	3	165		
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	100	100	1	110		
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	25		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	2	50		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	35	35	1	35		
Verwaltungsraum	1	12	12			①	
Lehrerzimmer	1	120	120	1	80	②	
Elternsprechzimmer	1	12	12	2①	20		
Arztzimmer	1	20	20	1	15		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			③	
Lehrmittelzimmer	3	20	60	5	60		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	15		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Differenzierungsraum				3②③	120		
Hausmeisterwerkstatt				1	30		
Fotolabor				1	30		
Schulkiosk				1	30		
Büro Schulsozialarbeiter				1	15		
Keyboardraum				1	40		
Abstellräume							
Summe Ausbaubedarf						7	437

① - ③ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

2. Optionale Ausbauvariante: Anne-Frank-Realschule als fünfzügige Realschule plus in kooperativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	32	60	1.920	26	1.820	6	360
Allgemeiner Unterrichtsraum	3	50	150			3	150
Mehrzweckraum	1	100	100	1	82		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	6	70 (60-80)	420 (360-480)	3	255	3	210
Räume für Vorbereitung und Sammlung			210		105		105
Musikraum	2	70	140	1	95	1	70
Materialraum	2	20	40	1	8	1	20
Raum für bildende Kunst	1	80	80	1	100		
Materialraum	1	35	35	1	25		
Werkraum	2	80	160	1	75	1	80
Materialraum	2	35	70	1	30	1	35
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	75		
Lehrküche	1	70	70	1	75		
Speiseraum	1	35	35	1	35		
Computerlabor	2	80	160	3	165		
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	120	120	1	110		
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	25		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	2	50		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	35	35	1	35		
Verwaltungsraum	1	12	12			1	12
Lehrerzimmer	1	140	140	1	80	1	60
Elternsprechzimmer	2	12	24	2	20		
Arztzimmer	1	20	20	1	15		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			❶	
Lehrmittelzimmer	3	20	60	5	60		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	15		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Differenzierungsraum				3❶	120		
Hausmeisterwerkstatt				1	30		
Fotolabor				1	30		
Schulkiosk				1	30		
Büro Schulsozialarbeiter				1	15		
Keyboardraum				1	40		
Abstellräume							
Summe Ausbaubedarf						19	1.114

❶ Der fehlende Raum ist aus Sicht des Schulträgers mit dem überschüssigen Raum kompensierbar.

3. Ernst-Reuter-Schule (nur HS) als dreizügige Realschule plus in integrativer Form als Ganztagschule in Angebotsform

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	20	60	1.200	15	1.090	5	300
Allgemeiner Unterrichtsraum	1	50	50			1	50
Mehrzweckraum	1	100	100	1	145		
Materialraum	1	12	12	1	12		
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	4	70	280	2	160	2	140
Räume für Vorbereitung und Sammlung		(60-80)	(240-320)				
			140		60		70
Musikraum	1	70	70			1	70
Materialraum	1	20	20			1	20
Raum für bildende Kunst	1	80	80			1	80
Materialraum	1	35	35			1	35
Werkraum	2	80	160	1	84	1	80
Materialraum	2	35	70	1	38	1	35
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	60		
Lehrküche	1	70	70	1	77		
Speiseraum	1	35	35	1	38		
Computerlabor	2	80	160	1	69	1	80
Nebenraum	1	12	12	1	24		
Bibliothek	1	80	80	1	38	①	
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	23		
Raum für Stellvertreter/-innen	1	12	12	1	19		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	30	30	1	30		
Verwaltungsraum	1	12	12	1	15		
Lehrerzimmer	1	100	100	1	75	②	
Elternsprechzimmer	1	12	12	1	18		
Arztzimmer	1	20	20			③	
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			④	
Lehrmittelzimmer	2	20	40	2	50		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	23		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Ruhe-/Differenzierungsraum				2x40	①	80	
Kursraum EG				1		35	
Schulkiosk				1		13	
Bistro				1		56	
Lehrerarbeitsraum				1	②	65	
Kursraum 1. OG				1x35		98	
Raum f. Sozialarbeiter				2x23	③ ④	23	
Kursraum 2. OG				1x35; 3x23		104	
Summe Ausbaubedarf						16	972

① - ④ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar

Die Raumausstattung für den Ganztagsbetrieb der Hauptschule ist für die Realschule plus ausreichend.

4. Kopernikus-Realschule (K) und Wilhelm-Leuschner-Schule (W) als dislozierte vierzügige Realschule plus in kooperativer Form mit Orientierungsstufe und organisatorisch verbundener Grundschule am Standort Wilhelm-Leuschner-Schule sowie den Klassenstufen 7 -10 am Standort Kopernikus-Schule

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	26	60	1.560	K 19; W 11 2 3	2.100		
Allgemeiner Unterrichtsraum	2	50	100	W 1	55		
Mehrzweckraum	1	100	100	W 1	125		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	5	70 (60-80)	350 (300-400)	K 3; W 2	350		
Räume für Vorbereitung und Sammlung			155		K 100; W 60		
Musikraum	1	70	70	K 1	100		
Materialraum	1	20	20	K 1	20		
Raum für bildende Kunst	1	80	80	W 1	80		
Materialraum	1	35	35	K 1	25		
Werkraum	2	80	160	W 1	75	1	
Materialraum	2	35	70	W 1	12		
Raum für textiles Gestalten	1	60	60			2	
Lehrküche	1	70	70	K 1; W 1	150		
Speiseraum	1	35	35	K 1; W 1	70		
Computerlabor	2	80	160	K 2; W 1 1	195		
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	100	100			3	
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	K 1; W 1	50		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	K 1; W 1	40		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			4	
Geschäftszimmer	1	35	35	K 1; W 1	60		
Verwaltungsraum	1	12	12	W 1	15		
Lehrerzimmer	1	120	120	K 2; W 1	210		
Elternsprechzimmer	1	12	12	K 1; W 1 5	40		
Arztzimmer	1	20	20			5	
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20	K 1	20		
Lehrmittelzimmer	3	20	60	K 2	40		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	K 1; W 1	24		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Differenzierungsraum				K 1; W 6 4	175		
Archiv				K 1	13		
EDV-Raum				K 1	20		
Internetcafé				K 1	18		
Büro Schulsozialarbeiter				K 1; W 1	70		
Streitschlichterraum				K 1	15		
Räume des Schachclubs				K 2	120		
Abstellräume							
Summe Ausbaubedarf						0	0

1 - 5 Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

5. Pestalozzischeule als vierzügige Realschule plus in integrativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	26	60	1.560	26	1.690		
Allgemeiner Unterrichtsraum	2	50	100			2	100
Mehrzweckraum	1	100	100	1	65		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	5	70 (60-80)	350 (300-400)	2	130	1x① 2	140
Räume für Vorbereitung und Sammlung			155		130		25
Musikraum	1	70	70	1	70		
Materialraum	1	20	20	1	20		
Raum für bildende Kunst	1	80	80	1	90		
Materialraum	1	35	35	1	20		
Werkraum	2	80	160	4①	280		
Materialraum	2	35	70	3	90		
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	65		
Lehrküche	1	70	70	1	85		
Speiseraum	1	35	35	1	40		
Computerlabor	2	80	160	2	100		
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	100	100	1	50	1	50
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	25		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	1	25	1	12
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	35	35	1	40		
Verwaltungsraum	1	12	12			1	12
Lehrerzimmer	1	120	120	2	130		
Elternsprechzimmer	1	12	12			②	
Arztzimmer	1	20	20	1	20		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20	1	20		
Lehrmittelzimmer	3	20	60	1	65		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	20		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Büro Personalrat				1	25		
Lernwerkstatt / Berufsorientierung				1	25		
Besprechungsraum KÜM				1	20		
KÜM				1	65		
Büro Schulsozialarbeiter				1	20		
Archiv				1②	15		
Schülercafé				1	25		
Töpferraum				1	55		
Schulkiosk				1	8		
Mädchentreff				1	20		
Maschinenraum				1	40		
Brennraum				1	20		
Summe Ausbaubedarf						8	351

① - ② Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

5. Optionale Ausbauvariante: Pestalozzischule als fünfzügige Realschule plus in integrativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	32	60	1.920	26	1.690	6	360
Allgemeiner Unterrichtsraum	3	50	150			3	150
Mehrzweckraum	1	100	100	1	65		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	6	70 (60-80)	420 (360-480)	2	130	1x① 3	210
Räume für Vorbereitung und Sammlung			210		130		80
Musikraum	2	70	140	1	70	1	70
Materialraum	2	20	40	1	20	1	20
Raum für bildende Kunst	1	80	80	1	90		
Materialraum	1	35	35	1	20		
Werkraum	2	80	160	4①	280		
Materialraum	2	35	70	3	90		
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	65		
Lehrküche	1	70	70	1	85		
Speiseraum	1	35	35	1	40		
Computerlabor	2	80	160	2	100		
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	120	120	1	50	1	70
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	1	25		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	1	25	1	12
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	35	35	1	40		
Verwaltungsraum	1	12	12			1	12
Lehrerzimmer	1	140	140	2	130		
Elternsprechzimmer	2	12	24			1x② 1	12
Arztzimmer	1	20	20	1	20		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20	1	20		
Lehrmittelzimmer	3	20	60	1	65		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	20		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Büro Personalrat				1	25		
Lernwerkstatt / Berufsorientierung				1	25		
Besprechungsraum KÜM				1	20		
KÜM				1	65		
Büro Schulsozialarbeiter				1	20		
Archiv				1②	15		
Schülercafé				1	25		
Töpferraum				1	55		
Schulkiosk				1	8		
Mädchentreff				1	20		
Maschinenraum				1	40		
Brennraum				1	20		
Summe Ausbaubedarf						19	1.008

① - ② Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

6. Haupt- und Realschule im Schulzentrum Edigheim als vierzügige Integrierte Gesamtschule als Ganztagschule in Angebotsform

Art des Raums	Raumbedarf als Integrierte Gesamtschule			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	26	65 (60-70)	1.690	33 ^①	2.310 ^③		
Allgemeiner Unterrichtsraum	14	50	700	6	300	①	
Mehrzweckraum	1	100 (80-120)	100	1	125		
Materialraum	1	12	12	1	15		
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	8	70 (60-80)	560	7	490	②	
Räume für Vorbereitung und Sammlung			340		240		
Musikraum	2	70	140	2	120		
Materialraum	2	20	40				
Raum für bildende Kunst	2	70	140	2	180		
Materialraum	2	35	70	2	70		
Werkraum	3	80	240	3	240		
Materialraum	3	35	105	1	35		
Raum für textiles Gestalten	1	65 (60-70)	65	1	70		
Lehrküche	1	70	70	1	70		
Speiseraum	1	35	35	1	35		
Teeküche	1	12	12	1	12		
Computerlabor	1	80	80	1	70		
Computerlabor	1	70 (60-80)	70	2 (1x ^②)	140		
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	250	250	1	190	③	
Aufenthaltsraum	2	70	140			1x ^④ 1	70
Lehrerstützpunkt/Arbeitsraum	6	35	210			2x ^⑤ 2x ^⑥ 2	70
Lehrerstützpunkt (unterteilbar)	1	70	70			⑥	
Raum für Schulleiter/-in	1	20	20	2 (1x ^⑦)	40		
Raum für Stellvertreter/-innen	1	12	12	2 (1x ^⑧)	40		
Raum für Studiendirektor/-in	1	12	12			⑦	
Raum für Didaktische Leitung	1	12	12			⑧	
Raum für Stufenleiter/-in	4	12	48			4	48
Geschäftszimmer	1	35	35	2 (1x ^⑨)	40		
Verwaltungsraum	1	12	12	1	12		
Raum für Schullaufbahnberater/-in	1	12	12			⑨	
Elternsprechzimmer	2	12	24	2	32		
Arztzimmer	1	20	20	1	20		
Zimmer für Schülervertretung	1	35	35			⑩	
Lehrmittelzimmer	1	20	20	1	10		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	2	16		

noch Schulzentrum Edigheim:

Art des Raums	Raumbedarf als Integrierte Gesamtschule			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Lehrerzimmer				2 ^⑥	230		
Ruheraum				2 ^④	120		
Lehrerzimmer Neubau				1 ^①	60		
Differenzierung				2 ^⑤	42		
EDV-Raum				1 ^⑩	35		
KÜM-Büro				1	35		
Küchenprovisorium				1	25		
Medienraum				1	35		
Fotolabor				1	35		
Büro Schulsozialarbeiter				1	20		
Medien-AG				1	12		
Kopierraum				1	10		
Putzraum				3	84		
Summe Ausbaubedarf						7	188

① - ⑩ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen bzw. mit dem Flächenüberschuss zu großer Räume kompensierbar.

Die Raumausstattung für den Ganztagsbetrieb der Integrierten Gesamtschule ist ausreichend.

7. Hauptschule im Schulzentrum Mundenheim und Karolina-Burger-Realschule als siebenzügiger Standort Realschule plus in kooperativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	44	60	2.640	44	3.080		
Allgemeiner Unterrichtsraum	5	50	250	2	100	❶	
Mehrzweckraum	1	100	100	1	110		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	8	70 (60-80)	560	7	560	❷	
Räume für Vorbereitung und Sammlung			280		305		
Musikraum	2	70	140	2	200		
Materialraum	2	20	40	2	40		
Raum für bildende Kunst	2	80	160	2	190		
Materialraum	2	35	70	2	40		
Werkraum	2	80	160	4 (1x❷)	280		
Materialraum	2	35	70	1	35		
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	3 (1x❶)	210		
Lehrküche	1	70	70	3	210		
Speiseraum	1	35	35	3	105		
Computerlabor	3	80	240	6 (2x❶)	390		
Nebenraum	2	12	24	1	12		
Bibliothek	1	160	160	2	225		
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	2	40		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	3 (1x❸)	60		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			❸	
Geschäftszimmer	1	35	35	2	60		
Verwaltungsraum	1	12	12	1	20		
Lehrerzimmer	1	180	180	3	210		
Elternsprechzimmer	2	12	24	2	40		
Arztzimmer	1	20	20	1	35		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20	1	20		
Lehrmittelzimmer	5	20	100	3	75	❹	
Hausmeisterzimmer	1	20	20	2	40		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Archiv				6	120		
Mehrzweckräume				3	150		
Kellergeschoss							
Medienraum				1	20		
Lehrerarbeitszimmer				1	20		
Streitschlichtung / Schülerzeitung				2	70		
Schulsozialarbeiter				2	40		
Differenzierung				4 (1x❹)	120		
Summe Ausbaubedarf						0	0

❶ - ❹ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

Die Übersicht bezieht sich auf eine siebenzügige Schule. Sollten am Standort zwei Realschulen plus mit drei und vier Zügen entstehen, so ergibt sich voraussichtlich ein Ausbaubedarf von etwa 350 m² an Klassen- und Fachräumen.

8. Wittelsbachschule als dreizügige Realschule plus in integrativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	20	60	1.200	28 ^{①③} ④⑤⑥	1.904		
Allgemeiner Unterrichtsraum	1	50	50				
Mehrzweckraum	1	100	100	1	125		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	4	70 (60-80)	280 (240-320)	3	195	1	70
Räume für Vorbereitung und Sammlung			140		65		35
Musikraum	1	70	70			①	
Materialraum	1	20	20			②	
Raum für bildende Kunst	1	80	80			③	
Materialraum	1	35	35			④	
Werkraum	2	80	160	2	140		
Materialraum	2	35	70				
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	65		
Lehrküche	1	70	70	1	65		
Speiseraum	1	35	35	1	50		
Computerlabor	2	80	160	1	60	⑤	
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	80	80			⑥	
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	2 ^⑧	36		
Raum für Stellvertreter/-innen	1	12	12	2 ^⑦	40		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			⑦	
Geschäftszimmer	1	30	30	2 ^⑨	40		
Verwaltungsraum	1	12	12				
Lehrerzimmer	1	100	100	3	115		
Elternsprechzimmer	1	12	12			⑧	
Arztzimmer	1	20	20	1	20		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			⑨	
Lehrmittelzimmer	2	20	40	2	36		
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	16		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Filmsaal				2	120		
Archiv				1	60		
Möbellager				1	60		
Differenzierung				2 ^②	60		
Betreuende GS				1	20		
Büro Schulsozialarbeiter				1	20		
Förderraum				1	15		
Küche				2	30		
Speiseraum				1	15		
Büro				1	15		
Summe Ausbaubedarf						1	105

① - ⑨ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

Hinzu käme der Ersatzbau einer dreizügigen Grundschule mit ca. 1.100 m² Nutzfläche an Unterrichts- und Funktionsräumen sowie eine Übungseinheit an Sporthallenkapazitäten.

8. Optionale Ausbauvariante: Wittelsbachschule als vierzügige Realschule plus in integrativer Form

Art des Raums	Raumbedarf als Realschule plus			Derzeitiger Raumbestand		Voraussichtlicher Ausbaubedarf unter Berücksichtigung von Kompensationsmöglichkeiten	
	Anzahl	je m ²	Σ Fläche m ²	Anzahl	Σ Fläche m ²	Anzahl Räume	Σ Fläche m ²
Allgemeiner Unterrichtsraum	26	60	1.560	28	1.904		
Allgemeiner Unterrichtsraum	2	50	100				
Mehrzweckraum	1	100	100	1	125		
Materialraum	1	12	12				
Naturwissenschaftlicher Unterrichtsraum	5	70 (60-80)	350 (300-400)	3	195	2	140
Räume für Vorbereitung und Sammlung			155		65		70
Musikraum	1	70	70			❶	
Materialraum	1	20	20				
Raum für bildende Kunst	1	80	80			1	80
Materialraum	1	35	35			1	35
Werkraum	2	80	160	2	140		
Materialraum	2	35	70				
Raum für textiles Gestalten	1	60	60	1	65		
Lehrküche	1	70	70	1	65		
Speiseraum	1	35	35	1	50		
Computerlabor	2	80	160	1	60	❷	
Nebenraum	1	12	12				
Bibliothek	1	100	100			1	100
Raum f. Schulleiter/-in	1	20	20	2 (1x❸)	36		
Raum für Stellvertreter/-innen	2	12	24	2	40		
Raum für pädagogischen Koordinator	1	12	12			1	12
Geschäftszimmer	1	35	35	2❹	40		
Verwaltungsraum	1	12	12			1	12
Lehrerzimmer	1	120	120	3	115		
Elternsprechzimmer	1	12	12			❸	
Arztzimmer	1	20	20	1	20		
Zimmer für Schülervertretung	1	20	20			❹	
Lehrmittelzimmer	3	20	60	2	36	❺	
Hausmeisterzimmer	1	20	20	1	16		
außerhalb der Schulbaurichtlinien:							
Filmsaal				2❶❷	120		
Archiv				1	60		
Möbellager				1	60		
Differenzierung				2	60		
Betreuende GS				1❺	20		
Büro Schulsozialarbeiter				1	20		
Förderraum				1	15		
Küche				2	30		
Speiseraum				1	15		
Büro				1	15		
Summe Ausbaubedarf						7	449

❶ - ❺ Die fehlenden Räume sind aus Sicht des Schulträgers mit den überschüssigen und außerhalb der Schulbaurichtlinien vorhandenen Räumen kompensierbar.

Hinzu käme der Ersatzbau einer dreizügigen Grundschule mit ca. 1.100 m² Nutzfläche an Unterrichts- und Funktionsräumen sowie eine Übungseinheit an Sporthallenkapazitäten.

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereichs Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden -

Veröffentlichungsreihe "Berichte/Konzepte zur Stadtentwicklung " (ab 1995)

Nr. K1/1995	Stadtmarketing Ludwigshafen	10,-- €
Nr. B1/1995	Die Ausländerbeiratswahl am 22. Januar 1995	kostenlos
Nr. B2/1995	Kindertagesstättenbericht 1995	10,-- €
Nr. B3/1995	Integrierte Verkehrskonzeption 2000 - Zwischenbericht 1995 -	10,-- €
Nr. B4/1995	Statistischer Jahresbericht 95 - Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau und Beschäftigung im Jahre 1994 -	10,-- €
Nr. K1/1996	Kindertagesstättenplanung	10,-- €
Nr. K2/1996	Einzelhandelskonzeption (Beschluss des Stadtrates 16.12.96)	7,50 €
Nr. K3/1996	Handlungskonzept Wirtschaft (Entwurf der Verwaltung) - <i>vergriffen</i> -	7,50 €
Nr. K4/1996	Wohnbaukonzeption 2010 (Entwurf der Verwaltung)	7,50 €
Nr. K5/1996	Biotopkartierung und Biotopverbundkonzeption der Stadt Ludwigshafen am Rhein	10,-- €
Nr. B1/1996	Schulentwicklungsbericht 1995/96	10,-- €
Nr. B2/1996	Die Landtagswahl am 24. März 1996	kostenlos
Nr. B3/1996	Statistischer Jahresbericht - <i>vergriffen</i> -	10,-- €
Nr. B4/1996	Einzelhandels- und Dienstleistungsausstattung der Gesamtstadt und der Stadtteile	10,-- €
Nr. K1/1997	Handlungskonzept Wirtschaft	7,50 €
Nr. K2/1997	Stadtentwicklungskonzept 2010 (Entwurf der Verwaltung)	10,-- €
Nr. B1/1997	Umlandbefragung zum Image der Stadt Ludwigshafen	10,-- €
Nr. B2/1997	Kindertagesstättenbericht	10,-- €
Nr. B3/1997	Statistischer Jahresbericht - Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau, Beschäftigung und Kriminalität im Jahre 1996	10,-- €
Nr. B4/1997	Untersuchung zur Stellplatzsituation im Sanierungsgebiet Mundenheim	10,-- €
Nr. K1/1998	Energiekonzept der Stadt Ludwigshafen	12,50 €
Nr. K2/1998	Schulentwicklungsplanung 1998	10,-- €
Nr. K3/1998	Wohnbaukonzeption 2010	7,50 €
Nr. K4/1998	Rheinufer-Süd	10,-- €
Nr. B1/1998	Schulentwicklungsbericht 1997/98	10,-- €
Nr. B2/1998	Kindertagesstättenbericht 1997/98	10,-- €
Nr. B3/1998	Die Bundestagswahl am 27.09.1998	kostenlos
Nr. B4/1998	Statistischer Jahresbericht - Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau, Beschäftigung und Kriminalität im Jahre 1997	10,-- €
Nr. B1/1999	Jugendbefragung 1998	10,-- €
Nr. B2/1999	Schulentwicklungsbericht 1998/99	10,-- €
Nr. B3/1999	Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 13. Juni 1999	kostenlos
Nr. B4/1999	Kindertagesstättenbericht 1998/99	10,-- €
Nr. B5/1999	Dokumentation Auftaktveranstaltung lokale Agenda 21	10,-- €
Nr. B6/1999	Statistischer Jahresbericht - Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbau, Beschäftigung und Kriminalität im Jahre 1998	10,-- €
Nr. B1/2000	Schulentwicklungsbericht 1999/2000	10,-- €
Nr. B2/2000	Entwicklung der Bevölkerung in Ludwigshafen im Jahre 1999 - Statistischer Jahresbericht, Teil I -	10,-- €
Nr. B3/2000	Wohnungssituation und Bautätigkeit in Ludwigshafen im Jahre 1999 - Statistischer Jahresbericht, Teil II -	10,-- €
Nr. B4/2000	Kindertagesstättenbericht 1999/2000	10,-- €
Nr. B5/2000	Sozialplan 2000	15,-- €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereichs Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden -

Nr. B1/2001	Schulentwicklungsbericht 2000/2001	10,-- €
Nr. B2/2001	Bevölkerungs- und Sozialstruktur in den Stadtteilen Nord - Hemshof und West im Jahre 2000	7,50 €
Nr. B3/2001	Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung u. Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen	10,-- €
Nr. B4/2001	Passantenzählung in der Ludwigshafener City	7,50 €
Nr. B5/2001	Stadtteilentwicklungsplanung Rheingönheim - Stadtteilbericht 2000: Soziales und Wohnen	10,-- €
Nr. B6/2001	Öffnung der Ludwigstraße	7,50 €
Nr. B7/2001	Kindertagesstättenbericht 2000/01	10,-- €
Nr. B8/2001	Das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt " in Lu.- Westend - Eine Akzeptanzanalyse -	7,50 €
Nr. B9/2001	Einzelhandel in Ludwigshafen, Bestandsaufnahme 2001	10,-- €
Nr. B1/2002	Stadtteilentwicklungsplanung Mitte/Süd 2000 - Stadtteilbericht 2000: Soziales und Wohnen	5,-- €
Nr. B2/2002	Schulentwicklungsbericht 2001/2002	5,-- €
Nr. B3/2002	Sicherheitsempfinden in der Stadt Ludwigshafen - Bürgerumfrage 2001 im Rahmen des Bund-Länder-Programmes "Soziale Stadt"	5,-- €
Nr. B4/2002	Nahversorgung in Ludwigshafen	5,-- €
Nr. B5/2002	Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung u. Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen	5,-- €
Nr. B6/2002	Kindertagesstättenbericht 2001/2002	5,-- €
Nr. B7/2002	Bevölkerung in Ludwigshafen	5,-- €
Nr. B8/2002	Ergebnisse Bundestagswahl 2002	5,-- €
Nr. B9/2002	Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg im Städtetest	5,-- €
Nr. B10/2002	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2002	4,-- €
Nr. K1/2003	Einzelhandelskonzeption 2003	5,-- €
Nr. B1/2003	Schulentwicklungsbericht 2002/2003	5,-- €
Nr. B2/2003	Kindertagesstättenbericht 2002/03	5,-- €
Nr. B3/2003	Statistischer Jahresbericht 2002 - Entwicklung von Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2002 -	5,-- €
o. Nr.	Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein 2003	5,-- €
Nr. K1/2004	Dokumentation Zukunftsforum Ludwigshafen 2020	kostenlos
Nr. B1/2004	Bürgerumfrage 2003	10,- -€
Nr. B2/2004	Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 13.06.2004	kostenlos
Nr. B3/2004	Kindertagesstättenbericht 2003/04	5,-- €
Nr. B4/2004	Statistischer Jahresbericht 2003 Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2003	5,-- €
Nr. B5/2004	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2004	4,-- €
Nr. B1/2005	Hilfe zum Lebensunterhalt in Ludwigshafen - Leistungsbezieherinnen und -bezieher 2000-2003	7,50 €
Nr. B2/2005	Kindertagesstättenbericht 2004/2005 Grundlagendaten zur Ausbauplanung Tagesbetreuungsausbaugesetz sowie Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“	5,-- €
Nr. B3/2005	Bundestagswahlen am 18. September 2005	kostenlos

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereichs Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden -

Nr.	B4/2005	Statistischer Jahresbericht 2004 Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2004	5,-- €
Nr.	B1/2006	Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 - Dokumentation 1. Bilanztreffen November 2005	kostenlos
Nr.	B2/2006	Die Landtagswahl am 26. März 2006	kostenlos
Nr.	B3/2006	Statistischer Jahresbericht 2005 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2005	5,-- €
Nr.	K1/2006	Schulentwicklungsplanung 2006	5,-- €
Nr.	B4/2006	Kindertagesstättenbericht	5,-- €
Nr.	B5/2006	Zukunftsforum 2020 - Dokumentation 2. Bilanztreffen September 2006 –	kostenlos
Nr.	B6/2006	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2006	5,-- €
Nr.	K2/2006	CD Entwicklungskonzept Innenstadt	10,--€
Nr.	B1/2007	Arbeitslose und Leistungsberechtigte mit Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) im Jahr 2005	7,50 €
Nr.	B2/2007	Schulentwicklungsbericht 2006/07	5,-- €
Nr.	B3/2007	Statistischer Jahresbericht 2006 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2006	5,-- €
Nr.	B4/2007	Kindertagesstättenbericht 2006 – Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,-- €
Nr.	B5/2007	Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2020	5,-- €
Nr.	B1/2008	Schulentwicklungsbericht 2007/2008	5,-- €
Nr.	B2/2008	Passantenzählung 2007 in der Ludwigshafener City	5,-- €
Nr.	B3/2008	Statistischer Jahresbericht 2007 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2007	5,-- €
Nr.	B4/2008	Kindertagesstättenbericht 2007/08 – Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,-- €
Nr.	B5/2008	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen – Fortschreibung 2008	5,-- €
Nr.	B6/2008	Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 – Dokumentation 3. Bilanztreffen September 2008	5,-- €
o. Nr.		Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein – Fortschreibung 2008	5,-- €